

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

01
2023

MÄRZ 2023
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

KFW-CHAOS, EXPLODIERENDE KOSTEN, BÜROKRATIE-WAHNSINN

Deutschland wird zur Bauwüste

DAS LETZTE INTERVIEW

Thorsten Alsleben
im Gespräch mit
Melanie Amann





Werden noch gebraucht.

Unsere besten Gebrauchten, damit Ihr Business läuft: #garantiertgecheckt.

Junge Sterne Transporter. Alle Infos bei Ihrem zertifizierten Mercedes-Benz Partner oder unter [mercedes-benz.de/junge-sterne-transporter](https://www.mercedes-benz.de/junge-sterne-transporter)

Mercedes-Benz



Deutschland kann es besser



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

vor kurzem wurde ich gefragt, was meine erste Amtshandlung wäre, wenn der derzeitige Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz sein Amt räumen müsste und ich seine Nachfolgerin würde. Ich musste nicht lang überlegen. Ich würde den Hörer in die Hand nehmen und den Finanzminister anrufen. Zurzeit verkehren beide Minister nämlich nur noch schriftlich miteinander. Leider handelt es sich dabei aber nicht um eine Brieffreundschaft. Wo Handeln erforderlich wäre, erleben wir Streit. Und der Kanzler sieht zu.

Das Ergebnis: Die Ampel liefert nicht. Entscheidungen werden verzögert oder ausgesessen. Das ist ein Problem für Deutschland. Und für Europa. In einem Brandbrief forderte der deutsche EU-Botschafter jetzt klare Weisungen und warnte vor der Bedeutungslosigkeit Deutschlands, wenn sich die Ampel nicht endlich abstimmt. Deutschland sei nicht mehr sprachfähig in Europa.

Dies betrifft elementare Themen wie die Taxonomie, das europäische Lieferkettengesetz oder die Zukunft des Verbrenner-Motors. Themen, die für unseren Mittelstand existentiell sind. Dieser braucht nichts mehr wie Planungssicherheit. Diese steht und fällt national mit der mittel- und langfristigen Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung. Rekordhohe Rechnungen für Strom und Gas sind existenzgefährdend für Betriebe. Die Preisbremsen verpuffen. Es wird zunehmend nicht mehr in Deutschland investiert. Abwanderung droht.

Dabei kann es Deutschland besser. Putins Gaskrieg hat unserer Volkswirtschaft einen Angebotsschock versetzt. Darauf gibt es nur zwei Antworten: 1. Das Angebot aus allen verfügbaren Quellen erhöhen. 2. Die Nachfrage, wo möglich, senken. Darauf müssen sich die beiden Kernministerien verständigen. Und dazu würde ich einladen.

Denn jede Kilowattstunde gehört ans Netz. Deshalb müssen die Kernkraftwerke auch nach dem 15. April laufen. Wenn wir mal nicht alle Kraftwerke brauchen, verzichten wir lieber auf Kohlestrom. Damit würde der Strompreis sinken bei zugleich bis zu 14 Millionen Tonnen weniger CO₂-Ausstoß. Die übrigen Kernkraftwerke müssen aus der Reserve geholt werden. Strom- und Gaspreisbremse müs-

sen so nachgeschärft werden, damit sie auch ziehen. Gerade die energieintensiven Betriebe fallen zurzeit heraus. Auch die Nutzer von Öl und Pellets müssen entlastet werden. An den LNG-Terminals hat sich gezeigt: Planungsbeschleunigung wirkt. Dies muss auf den Bau anderer Energieinfrastrukturen ausgeweitet werden. Die Hemmschuhe für den kommunalen Anschluss erneuerbarer Energieanlagen müssen weg. Ein anderer wichtiger Punkt betrifft die Einsparung von Wärme über die Gebäudehülle. Seit dem abrupten Stopp der KfW-Förderung ist der Bau energieeffizienter Wohnungen eingebrochen. Ein praxistaugliches Nachfolgeprogramm wurde angekündigt. Aber Klima, Bauwillige, Bauwirtschaft und Mieter warten immer noch. Die KfW-Förderung muss wieder aufgenommen oder eine neue aufgelegt werden. Deutschland kann es besser.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Dies ist möglich dank unserer Kommissionen, Netzwerke, Gremien, in denen Wirtschaft und Politik, Ehren- und Hauptamt miteinander wirken. Diese Struktur macht uns einmalig. Ebenso wie die Klarheit unserer Aussagen.

Daran hatte unser Bundesgeschäftsführer Thorsten Alleben entscheidenden Anteil. Seit 2014 hat er die MIT zu einer modernen Vereinigung, einer Ideenkammer, einem Sprachrohr für den Mittelstand in Deutschland ausgebaut. Er ist ein begnadeter Netzwerker, hält die Fahne der Ordnungspolitik hoch, egal aus welcher Windrichtung der Zeitgeist gerade weht. Nach neun Jahren bei uns wird er jetzt das Ruder bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) übernehmen. Das ist ein Gewinn für die Soziale Marktwirtschaft – und damit am Ende für uns alle. Auf Wiedersehen, lieber Thorsten.

Mit Fabian Wendenburg haben wir einen würdigen Nachfolger gefunden, mit dem wir für die kommenden Aufgaben und Herausforderungen hervorragend aufgestellt sind. Herzlich willkommen an Bord, lieber Fabian.

Auf geht's. Packen wir es an. Denn Deutschland kann es besser.

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben

Chef vom Dienst:
Dr. Juliane Berndt

Redaktion:
Lars Jüngling-Dahlhoff
Dr. Christoph Sprich

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Dr. Christoph Hoppe
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
stock.adobe.com – ingosfotografie.de

Druckauflage:
26000 Exemplare

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Plan International Deutschland e.V. bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.



10

MIT:EDITORIAL

Deutschland kann es besser 3
von Gitta Connemann MdB

MIT:KOLUMNE

Der Staat muss zur Verschlinkungskur 8
Die Grenzen des Staats müssen neu definiert werden, findet BILD-Chefreporterin Karina Mößbauer

MIT:TITEL

Bürokratie-Wahnsinn
Deutschland wird zur Bauwüste 10
Warum in Deutschland zu wenig gebaut wird – und ein MIT-Plan, der Abhilfe schaffen könnte

Von wegen „Belastungsmoratorium“!
Bürokratie – Ballast für den Mittelstand 14
Die kleinsten Betriebe leiden besonders

MIT:THEMA

Geldentwertung
Im Würgegriff der Inflation 18
Was Politik und Zentralbanken jetzt anders machen müssen





22

MIT:INTERVIEW

Das letzte Interview

„In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“

22

Er macht es sich nicht leicht: In seinem letzten Interview wird Thorsten Alsleben selbst befragt – von Melanie Amann vom „Spiegel“

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Sollen ausreisepflichtige Asylbewerber arbeiten dürfen?

28

Es diskutieren die beiden MIT-Präsidiumsmitglieder Jana Schimke MdB und Peter-Friedrich Erl



30

MIT:ERKLÄRT

Neue KI macht Schlagzeilen

Kann ChatGPT den Mittelstand verändern?

30

Schüler jubeln: Hausaufgaben waren noch nie so einfach. Aber wie kann unsere Wirtschaft von der Künstlichen Intelligenz profitieren?

MIT:FAKTEN

6, 9

Vom Fachkräftemangel über den Freiheitsindex bis zu Deutschlands neuem Platz im Standort-Ranking: Das sind die Fakten

MIT: INSIDE

EU-Check

32

Neumitglieder

36

Mitgliederstatistik

38

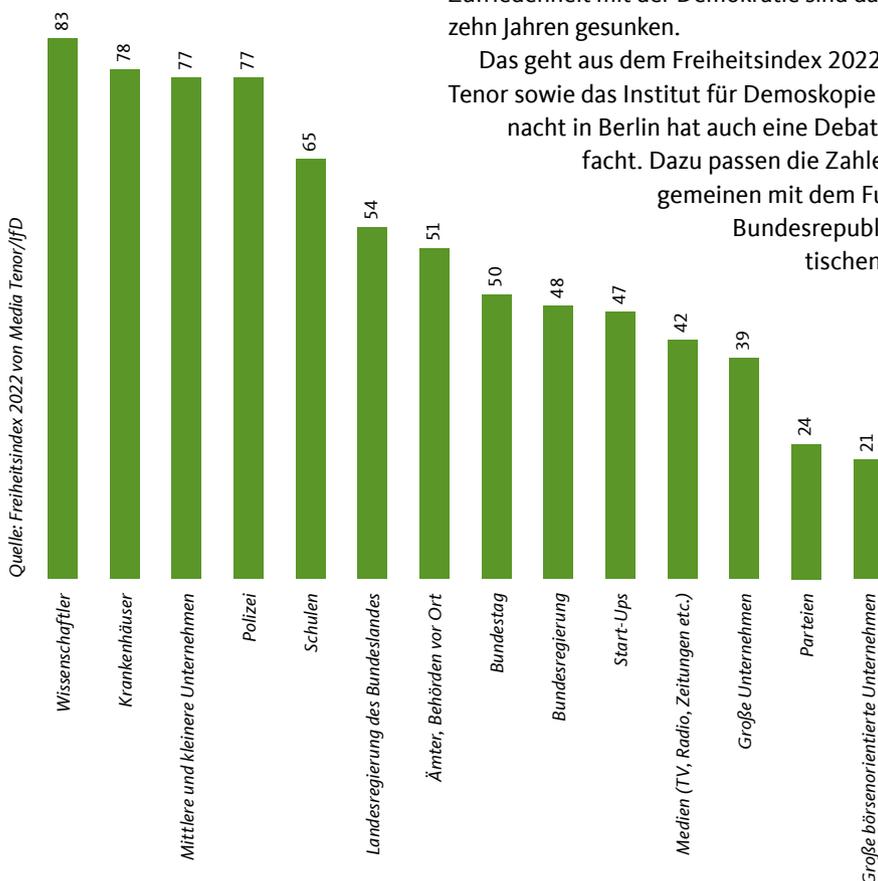




Freiheitsindex: Zufriedenheit mit Demokratie sinkt

Wie viel Vertrauen haben Sie in folgende Institutionen?

(Vertrauen in Prozent)



Mit dem Ende der Coronamaßnahmen stieg auch das Freiheitsgefühl der Deutschen, es liegt aber nach wie vor auf niedrigem Niveau: Weniger als die Hälfte der Deutschen (45 Prozent) fühlt sich vollkommen oder sehr frei. Die Identifikation mit dem Staat und die Zufriedenheit mit der Demokratie sind dagegen bundesweit auf den tiefsten Wert seit zehn Jahren gesunken.

Das geht aus dem Freiheitsindex 2022 hervor, den das Forschungsinstitut Media Tenor sowie das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) erstellt haben. Die Silvesternacht in Berlin hat auch eine Debatte über die Rolle von Polizei und Justiz entfacht. Dazu passen die Zahlen auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit dem Funktionieren der Demokratie in der

Bundesrepublik und dem Funktionieren unseres ganzen politischen Systems?“. Erschreckende Antwort: „Sehr zufrieden“ sind bundesweit derzeit nur noch gut

ein Zehntel der Befragten (12,6 Prozent) und damit der kleinste Teil seit 2006, als der Wert bei 10 Prozent lag. In Ostdeutschland gaben sogar nur 5,5 Prozent der Befragten an, „sehr zufrieden“ zu sein, als „einigermaßen zufrieden“ bezeichneten sich 40 Prozent.

Und wie sieht es mit dem Vertrauen in die Institutionen aus? Ganz oben im Ranking der staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen stehen Wissenschaftler (83 Prozent), Krankenhäuser (78 Prozent) sowie kleinere und mittlere Unternehmen (77 Prozent). Große börsennotierte Firmen liegen mit 21 Prozent auf dem letzten Platz.

Wo der Fachkräftemangel besonders groß sein wird

In welchen Branchen wird der Fachkräftemangel am größten sein? Für insgesamt 1300 Berufsgattungen hat das IW Köln eine Prognose gewagt, Ergebnis: 557 von ihnen werden im Jahr 2026 zu den Engpassberufen zählen, in denen der Bedarf die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte übersteigt. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 gab es nur 408 Engpassberufe. Klar ist: Auch wenn es mehr Fachkräfte geben wird – der Bedarf steigt in vielen Bereichen noch schneller an. 2026 dürfte es z.B. deutlich mehr Experten für Softwareentwicklung geben als noch 2021: Ihre Zahl steigt voraussichtlich um rund 84 500, das entspricht einem Zuwachs von fast 50 Prozent. Trotzdem steigt auch die Fachkräftelücke in diesem Segment auf knapp 7 000 – ebenfalls ein Plus von fast 50 Prozent. Ähnlich entwickelt sich die Situation in der Kranken- und Altenpflege: Auch dort werden künftig deutlich mehr Menschen arbeiten, aber immer noch längst nicht genug, um den Bedarf zu decken.

Top5

Berufsgattung	Veränderung seit 2021		Unsicherheit
	absolut	in %	
Kinderbetreuung und -erziehung – Fachkraft	152 332	19,7	niedrig
Kaufm. und techn. Betriebswirtschaft – Fachkraft	102 685	11,2	niedrig
Lagerwirtschaft – Helfer	101 396	10,3	hoch
Aufsicht – Unternehmensorga. & -strategie – Spezialist	89 921	28,0	niedrig
Softwareentwicklung – Experte	83 496	46,0	niedrig

Flop5

Berufsgattung	Veränderung seit 2021		Unsicherheit
	absolut	in %	
Bankkaufleute – Fachkraft	-73 999	-19,3	niedrig
Büro- und Sekretariatskräfte – Fachkraft	-68 059	-4,4	mittel
Metallbearbeitung – Helfer	-56 037	-24,3	hoch
Metallbau – Fachkraft	-37 642	-21,1	niedrig
IT-Anwendungsberatung – Spezialist	-32 360	-70,5	hoch

Quelle: IW Köln

„Angezählt“



... ist der Standort Deutschland mit seiner Hyper-Bürokratie und den hohen Energiepreisen. Einer der größten Profiteure sind die USA. Laut dem neuen „German American Business Outlook“ beabsichtigen fast drei von vier Unternehmen (72 Prozent), im laufenden Jahr ihre US-Investitionen zu erhöhen – knapp ein Fünftel (22 Prozent) plant sogar mit Volumina von mehr als zehn Millionen Dollar. Die größten Zuwächse entfallen auf die Automobilindustrie sowie den Transport- und Logistiksektor. Mit Blick auf die Investitionspläne für die kommenden drei Jahre rangieren der Bau- und Infrastruktursektor sowie die industrielle Fertigung an der Spitze.

Der Staat muss zur Verschlankungskur

Von Karina Mößbauer

Seit Jahren bedienen sich Politiker hierzulande wie im Rausch der bequemsten Methode zur Stressvermeidung. Sie schnüren Hilfspakete, Rettungsschirme, zahlen Prämien, Pauschalen, Zuschüsse, verteilen Renten-Punkte und Kindergeld. Wahlkämpfe mutieren zu Überbietungsexzessen klientelorientierter Wohltaten.

Die aktuelle Krisenpolitik ist exemplarisch. Ja, der Staat muss angesichts von enormer Inflation und Energiepreisexplosion helfen – aber zielgerichtet, um soziales Elend zu verhindern, nicht wahllos unter Vortäuschung eines fiskalischen Eldorados. Arbeitnehmer, Autofahrer, ÖPNV-Nutzer, Studenten, Rentner, Strom- und Energieverbraucher, Volksbeglückung auf Pump.

Denn was generös gelabelt verkauft wird, ist in Wahrheit verantwortungslose Kollateral-Verschwendung auf Kosten der Steuerzahler, insbesondere der nächsten Generationen.

Die Unterstützungsmaßnahmen kosten den Bund Milliarden, allein an Zinsen (2023 geschätzt fast 40 Mrd. Euro). Geld, das nicht vom Himmel fällt, sondern erwirtschaftet werden muss.

Dabei wurde das Argument zur Rechtfertigung der Gießkanne (Schnelligkeit) inzwischen teilweise ad absurdum geführt. Studenten warten noch auf die Einmalzahlung, genauso viele Geringverdiener.

Der (Sozial-)Staat ist schon jetzt massiv überdehnt. Aus Selbstüberschätzung oder Kalkül wird suggeriert,



Karina Mößbauer (37) ist Chefredakteurin im Politik-Ressort der BILD. Sie ist dort u. a. für die Union und Verteidigungsthemen verantwortlich. Nach ihrem Studium in München und London volontierte sie auf der Axel Springer Akademie.

dass der Staat alle Bürger mit einem Rundum-Sorglos-Wohlfühlprogramm vor sämtlichen Risiken und Nebenwirkungen des Lebens absichern kann.

Dass er als Allmächtiger auch der bessere Erziehungsberechtigte ist, der sich mittels Steuern auf Ungesundes und Schädliches (z.B. Zucker) sowie Vorschriften zur Gefahrenvermeidung (z.B. Lautstärke der Musik beim Radfahren) den optimierten Retorten-Bürger heranzüchtet. Bevormundung bis in den Mikrokosmos – vermarktet als Dienstleistung und Fürsorge.

Dieser Politik-Matrix liegt ein Menschenbild zugrunde, das offenbar vom desorientierten, betreuungsbedürftigen und unselbstständigen Bürger ausgeht. Dabei materialisiert sich dieser unmündige Bürger doch erst

so richtig durch die Entmündigung. Durch die vorauseilende Überversorgung im Alltag wird der Einzelne geradezu zur Vollkasko-Mentalität hin erzogen. Je mehr staatliche Übergriffigkeit, desto weniger Eigenverantwortung.

Indikatoren dafür, dass der Staat seinen Einflussbereich unersättlich ausbaut, gibt es genug: Ausufernde Bürokratie und ein anwachsender Verwaltungsapparat (ein riesiges finanzielles Problem). Immer mehr Subventionen, steigende Sozialleistungsquote sowie Steuer- und Abgabenquote (die vor allem die Mittelschicht erdrückt).

Das pervertierte Umverteilungs- und Regulierungssystem wird immer mehr zur Gefahr unserer Demokratie. Denn die Selbstüberforderung des Staates führt zu Dysfunktionalität und Vertrauensschwund.

Aufgaben und Grenzen des Staats müssen dringend neu definiert werden. Der Staat muss sich beschränken auf minimalinvasive Eingriffe, wo Regelung nötig ist. Ansonsten muss er sich zurückbesinnen auf seine Kernaufgaben wie Rechtsstaatlichkeit, Bildung, innere und äußere Sicherheit, soziale Grundversorgung. In diesen Bereichen muss er dann aber auch konsequent und verlässlich liefern, was aktuell in vielerlei Hinsicht bezweifelt werden darf. Der Staat ist zu aufgeblasen. Es wird Zeit für eine Verschlankungskur. ●

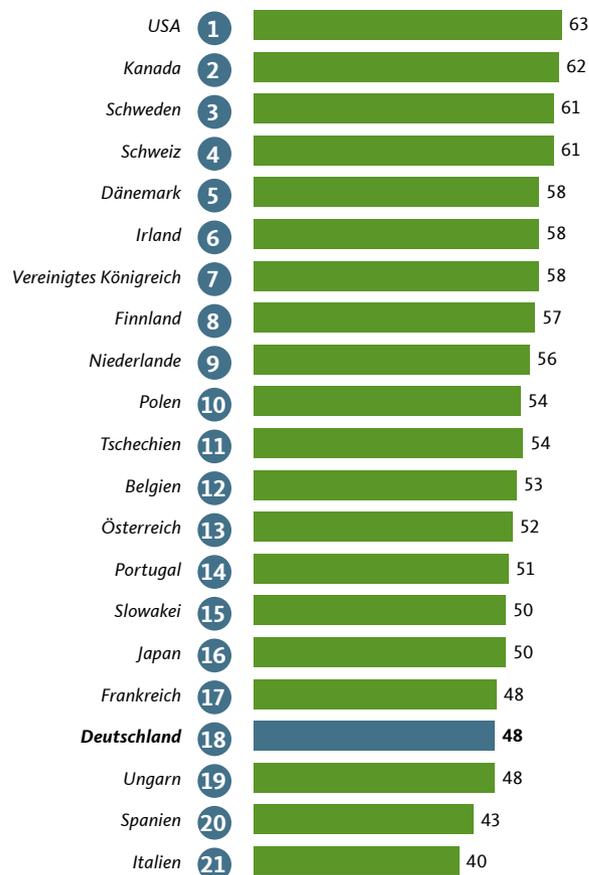
Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

Standort Deutschland wird durchgereicht

Jetzt bekommen wir die Quittung: Im neuen Länderindex Familienunternehmen, den das ZEW Mannheim berechnet hat, stürzt Deutschland auf Platz 18 ab – von 21 Industrienationen. Grund: Deutschlands Standortfaktoren können mit denen an Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien einfach nicht mehr mithalten. Insbesondere in den Bereichen Regulierung, Steuerbelastung und Energie wird Deutschland ungünstig bewertet. Beim Thema Infrastruktur vergrößert sich zudem der Abstand zu den Top-Standorten.

Spitzenreiter des Rankings sind die USA, hinter Deutschland liegen nur Ungarn, Spanien und Italien. Auch im Vergleich der deutschsprachigen Länder sieht die Bundesrepublik nicht gut aus: Die Schweiz belegt den vierten Platz, Österreich ist auf Rang 13.

Die gegenwärtige Krise solle, so die Autoren der Studie, als Chance zur Umkehr begriffen werden, vor allem zum Abbau lähmender Regulierungslasten. Die steuerlichen Bedingungen müssten sich dringend verbessern. Mit Blick auf den Fachkräftemangel sei eine echte Wende in der Bildungspolitik nötig. Die Genehmigung und Durchführung öffentlicher Investitionsvorhaben sollten sich in der Breite beschleunigen, so die Einschätzung.



Quelle: Die Familienunternehmer e.V.



„Inflation Reduction Act“ (IRA)

Das Gesetz der US-Regierung sieht milliardenschwere Investitionen in erneuerbare Energien vor, etwa in Form von Steuererleichterungen beim Kauf von E-Autos. Die Subventionen und Steuergutschriften sind daran geknüpft, dass Unternehmen US-Produkte verwenden oder selbst in den USA produzieren. Das führt bei europäischen Unternehmen natürlich zu Sorgen vor Wettbewerbsnachteilen: Für 17 Prozent der befragten deutschen Unternehmen in den USA ist der IRA ein Grund, ihre Investitionen auszuweiten oder zu expandieren, meldet die DIHK.

Materielle Ängste nehmen zu



Die Deutschen sorgen sich um ihre materielle Zukunft – zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im neuen „Sicherheitsreport 2023“: 86 Prozent machen sich demnach Sorgen aufgrund der anhaltend hohen Inflation. Knapp mehr als die Hälfte der Bevölkerung fürchtet, dass die Energieversorgung in Deutschland nicht ausreichend gesichert sein könnte.

57 Prozent der Befragten geben zudem an, sie machten sich große Sorgen über den zunehmenden Unterschied zwischen Arm und Reich. Der Klimawandel und die Angst, die Energieversorgung könne nicht mehr gesichert sein, beschäftigt zwar mehr als jeden Zweiten in Deutschland – die Sorgen wegen des Ukraine-Krieges und der Geldentwertung sind aber deutlich stärker. Der Krieg im Osten Europas führt zu einer weiteren erstaunlichen Entwicklung: Inzwischen fordern 67 Prozent, also zwei Drittel der Bevölkerung, mehr staatliche Investitionen in die Ausstattung der Bundeswehr. Im Jahr 2017 waren es nur 44 Prozent.

KFW-CHAOS, EXPLODIERENDE KOSTEN, BÜROKRATIE-WAHNSINN

Deutschland wird zur Bauwüste

Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer und Mehrwertsteuer auf Baustoffe senken: MIT legt 8-Punkte-Plan zur Rettung der Bauwirtschaft vor

Jahrelang boomte die Bauwirtschaft, die Auftragsbücher waren voll. Doch das Blatt hat sich gewendet. Die 1,6 Millionen Wohnungen, die die Ampel in ihrer Legislatur bauen wollte, liegen derzeit in weiter Ferne: Für 2022 und 2023 werden die Ziele klar verfehlt. Experten rechnen damit, dass wohl in etwa nur die Hälfte aller geplanten Wohnungen bis 2025 gebaut werden. Woran liegt das?

Das Förderchaos bei der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und die fehlenden Gesetze zur effektiven Planungs- und



Genehmigungsbeschleunigung für Infrastruktur aus dem Ministerium von Volker Wissing (FDP) werden ergänzt durch ein offenbar immer noch überfordertes Bauministerium unter Leitung von Klara Geywitz (SPD). Ihr Ministerium hat derzeit hunderte Stellen nicht besetzt, meldet die Presse. Grün, Gelb und Rot – alle Ampel-Farben sind beteiligt. Das Bau-Chaos ist also hausgemacht. Dazu kommen Streitigkeiten innerhalb der Bundesregierung, in der man sich vor allem gegenseitig blockiert. Wie sagte MIT-Bundvorsitzende Gitta Connemann zuletzt in der ARD-Sendung „Hart aber fair“: „Suche Ampel: Finde Streit!“. Das gilt leider auch für die Baupolitik.

Die Liste an Problemen ist lang. Auf der einen Seite solche, die schon länger bestehen, aber sich in den letzten Monaten nochmal verschärft

haben. Hierzu zählen etwa der Fachkräftemangel oder die komplexen und langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auf der anderen Seite stehen ganz neue Probleme: das stark steigende Zinsniveau, das Förderchaos bei der KfW und der politische Stillstand in Sachen Baupolitik in der Ampel-Koalition.

Fragt man Bauunternehmerin und CDU-Vorstandsmitglied Ruth Baumann nach diesen Problemen, redet sie sich schnell in Rage: „Beim Thema Bauen zeigt sich eindrücklich, was passiert, wenn politische Theorie auf wirtschaftliche Praxis trifft“, so die engagierte Baden-Württemberglerin. Was sie besonders stört, ist die Bürokratie: „Zwischen dem Wunsch, dem Plan und der letztendlichen Umsetzung ist erst einmal der Gang durch die Behörden beschwerlich.“

Ruth Baumann



„Suche Ampel: Finde Streit!“ Das gilt leider auch für die Baupolitik.

Peter-Friedrich Erl, MIT-Präsidiumsmitglied und Inhaber und Geschäftsführer einer Hoch- und Tiefbau-Firma, stimmt zu und ergänzt: „Man weiß wirklich gar nicht mehr, wo man eigentlich anfangen und wo aufhören soll.“ Der Bayer kritisiert die ideologische Herangehensweise der aktuellen Ampel-Koalition und appelliert an die Politik: „Lasst uns einfach in Ruhe arbeiten, ohne uns ständig neue Steine in den Weg zu legen.“ Explodierende Energiekosten, KfW-Chaos, Bürokratie-Wahnsinn – alles bricht jetzt über der Bau-Branche zusammen.

Die aktuellen Branchenzahlen unterstreichen die Eindrücke der Experten: Die Geschäftserwartungen der Baufirmen markieren für die kommenden Monate mit -60,9 Punkten laut Ifo-Institut einen neuen Negativrekord. Der Zentralverband des Deut-

schen Baugewerbes erwartet für dieses Jahr 12 Prozent weniger fertiggestellte Wohnungen als im Vorjahr. Dazu kommen fast 200.000 offene Stellen in der Baubranche, viermal mehr als 2010. Und auch die Finanzindustrie meldet ähnlich schlechte Zahlen: Die Nachfrage nach Baufinanzierungen befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit Dezember 2011. Dies liegt nicht zuletzt auch an den stark gestiegenen Zinsen. Deutschland wird zur Bauwüste.

Ganz besonders angespannt ist der Wohnungsmarkt in Berlin. Manja Schreiner, CDU-Vize in Berlin und Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau, berichtet: „Wegen des Stopps der Wohnbauförderung durch Bundeswirtschaftsminister Habeck letztes Jahr wurde in Berlin und Brandenburg der Bau



Fotos: Uwe Mueller/adobe.stock.com, PassStudio



„Wegen des Stopps der Wohnbauförderung durch Bundeswirtschaftsminister Habeck letztes Jahr wurde in Berlin und Brandenburg der Bau von circa 20 000 Wohnungen zurückgestellt.“

Manja Schreiner

von circa 20 000 Wohnungen zurückgestellt.“ Und auch bei „kreativen“ Lösungen ist Berlin in den Schlagzeilen: Das deutschlandweit einmalige Enteignungsbegehren großer Wohnunternehmen habe Investoren weiter abgeschreckt, so die Juristin. Hinzu kommen Vorschläge wie etwa der „Faire Vermieter-Führerschein“, den die Senatorin Bettina Jarasch von den Grünen zuletzt neben einer Wohnungstauschbörse als Lösung präsentierte. Chaos pur eben. Manja Schreiner fordert daher „ein umfassendes Konjunkturprogramm, bestehend aus steuerlichen Abschreibungen und effektiven Förderprogrammen, beschleunigten Planungs- und Genehmigungs- und Vergabeverfahren, attraktiven Konditionen für Bauland sowie einer rigorosen Entschlackung aller Gesetze und Vorschriften rund ums Bauen.“ Nur mal zum Vergleich: In Berlin benötigten manche Bezirke allein für die Einrichtung einer Baustelle bis zu 1,5 Jahre.

Die MIT hat im Rahmen eines Werkstattgespräches mit Praktikern

und Experten nun eigene Vorschläge vorgelegt, um Bauen attraktiver zu machen. In Ihrem 8-Punkte-Plan fordert die MIT unter anderem, die Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer anzupassen. Diese sollen auf 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind angehoben werden. Zudem soll ein einkommensunabhängiger Kredit der KfW mit einer Zinsbindung von 2 Prozent die sichere Finanzierung für den erstmaligen Erwerb einer selbstgenutzten Immobilie ermöglichen. Denn selbstgenutztes Wohneigentum ist auch eine wichtige Säule der Altersabsicherung. Neben diesen Erleichterungen

zum Erwerb einer selbstgenutzten Immobilie schlägt die MIT auch branchenspezifische Reformen vor: So soll die Mehrwertsteuer für den sozialen Wohnungsbau und auf Baustoffe und Bauleistungen auf 7 Prozent gesenkt werden. Zudem müssen die Baulandgewinnung in den Kommunen erleichtert und die steuerlichen Bedingungen für energieeffiziente Sanierungen durch eine Sonderabschreibung verbessert werden. Die Probleme in der Beschaffung sollen durch eine Rohstoff- und Materialstrategie für Baustoffe und die steigenden Finanzierungskosten, etwa durch die Prüfung der Taxonomie-Kriterien zur Besteuerung von Immobilieninvestitionen, gesenkt werden.

Der Berliner Projektentwickler Damian Fenner stimmt der MIT-Problemanalyse zu. Er listet auf: „Keine Unterstützung der Politik, jahrelanges Warten auf Genehmigungen, Personalmangel im Handwerk, dreifache Materialkosten, Vervielfachung der Zinsen, ständig neue Auflagen, För-

Manja Schreiner



Damian Fenner



derungswirrwarr, ständig neue Spielregeln, Abschreckung von Banken und Investoren und das anscheinend fehlende Interesse, unseren Mitbürgern die eigenen vier Wände zu ermöglichen.“ Seine Forderungen gehen in die Richtung des Beschlusses des MIT-Präsidiums. Für Fenner, selbst MIT-Mitglied, ist vor allem wichtig: „Wir brauchen endlich klare Spielregeln.“

Auch für die Bürokratie im Baugewerbe hat die MIT Vorschläge gemacht: Statt 16 verschiedenen Landesbauordnungen müssten die Bau- und Genehmigungsverfahren grundsätzlich vereinfacht und vereinheitlicht sowie eine neue Musterbauverordnung erarbeitet werden. Auch die Fristen zur Beteiligung von Genehmigungen müssen durch zeitliche Begrenzung reduziert werden. Denn dadurch erhöhe sich nicht nur die Geschwindigkeit der Verfahren, auch die Kosten würden gesenkt. Zudem müsse laut MIT-Beschluss auch das Immissionsschutzrecht überarbeitet werden. In die Evaluierung neuer Bauvorschriften soll der unabhängige Normenkontrollrat eng mit eingebunden werden.

Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), der als Experte für Baupolitik und in seiner Funktion als Vorsitzender der MIT-Kommission Verkehr/Bau/Logistik an der Erarbeitung dieser Vorschläge beteiligt war, klagt über die schwierigen Umstände in der Branche: „Aufgrund der historisch hohen Materialpreise, verdrei- bis vierfachen Bauzinsen und der hohen Inflation verschieben immer mehr

Bauherren Projekte oder werfen ganz das Handtuch. Gerade im Wohnungsbau sind die Auftragszahlen im freien Fall. Zunehmend berichten Betriebe, dass sie noch ihre Aufträge abarbeiten, aber früher oder später über Kurzarbeit werden nachdenken müssen.“ Er warnt sogar: „Wenn es so weitergeht, schrumpfen irgendwann die Baukapazitäten. Unternehmen werden gezwungen sein, Stellen abzubauen – Fachkräfte und Ressourcen zum Bau des Wohnungsbestands, der Infrastruktur oder der Energiewende stünden nicht mehr zur Verfügung.“ Auch wenn die MIT-Forderungen bei der Ampel-Regierung noch keinen Zuspruch gefunden

„Wenn es so weitergeht, schrumpfen irgendwann die Baukapazitäten.“

Felix Pakleppa

haben, hat Pakleppa noch Hoffnung: „Mehr Bauland ausweisen, Baugebot konsequent anwenden, vollständig digitalen Bauantrag samt Genehmigungsverfahren einführen, mehr Förderungen im Neubau, neues Baukindergeld, Grunderwerbssteuer senken, Sonderabschreibungen im sozialen Wohnungsneubau ausweiten.“ Denn Pakleppa ist optimistisch: „Noch können wir das Ruder rumreißen.“ Aber er sagt auch: „Es ist jetzt an der Zeit!“

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete Christoph Ploß mahnt die Ampel, ihre Streitigkeiten beizulegen und Entscheidungen zu treffen. Zum Thema Planungsbeschleunigung erklärt Ploß: „Die unionsgeführten Bundesregierungen haben bereits mehrere Planungsbeschleunigungsgesetze auf den Weg gebracht, um beispielsweise Gerichtsverfahren zu digitalisieren und mehr Personal in den Planungs- und Baubehörden zur Verfügung zu stellen. Diesen Weg muss die Ampelkoalition endlich fortsetzen.“

Eines ist klar: Die Zeit drängt. Es braucht schnelle Reformen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. Der Wohnungsmangel in den Städten wird in den nächsten Jahren größer werden. Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) warnte in seinem Frühjahrsgutachten, dass 2024 bis zu 1,4 Millionen Menschen erfolglos eine Wohnung suchen werden. Und die Warnungen sind nicht neu, seit über einem Jahr schlagen Experten Alarm. Bauunternehmerin Ruth Baumann berichtet sogar von ersten harten Entscheidungen der Kollegen aus der Branche: „Erste Wohnungsunternehmen kapitulieren bereits und sehen von neuen Projekten ab.“ Zuletzt gingen Meldungen durch die Presse, dass selbst große Unternehmen wie Vonovia den Wohnungsbau für den Moment gestoppt hätten. Ruth Baumann zieht ein klares Fazit: „Der Bau war immer ein Motor des wirtschaftlichen Wohlstands. Es ist dringend geboten, das Prozedere auf vielen Ebenen zu verschlanken, staatliche Vorgaben zu reduzieren und auch bei den Standards Abstriche zu machen. Die MIT hat einen umfangreichen und zielgerichteten Vorschlag vorgelegt – hoffentlich zieht die Ampel-Koalition bald nach.“ ●

Felix Pakleppa



Christoph Ploß



Lars Jüngling-Dahlhoff
Redakteur

juengling-dahlhoff@mit-bund.de



VON WEGEN „BELASTUNGSMORATORIUM“

Bürokratie – Ballast für den Mittelstand

Mit 3 Prozent sind die Kosten in den kleinsten Unternehmen am größten

Bürokratie, das bedeutet Herrschaft der Verwaltung. Mehrere tausend Seiten Gesetze und Verordnungen erscheinen jedes Jahr im Bundesgesetzblatt. In der Verwaltung des Staates und in der privaten Wirtschaft verursacht der täglich wachsende Berg an Vorschriften Kosten in Milliardenhöhe. Der 2006 eingerichtete Nationale Normenkontrollrat mahnt regelmäßig vor Bürokratie. In seinem letzten Jahresbericht „Bürokratieabbau in der Zeitenwende“ vom Dezember 2022 hat er laut Alarm geschlagen. Der Erfüllungsaufwand zur Bewältigung von Bürokratie hat sich im Berichtszeitraum 2021/2022 um ganze 6,7 Mrd. Euro auf rund 17,4 Mrd. Euro erhöht. Die Bürokratie sei geradezu explodiert. Treiber der Bürokratiekosten waren die Anhebung von Neubaustan-

Jahresbericht
des Normen-
kontrollrates



dards, die Änderung abfallrechtlicher Verordnungen, die Biostrom-Nachhaltigkeitsverordnung oder das Kohlendioxidaufteilungsgesetz.

Besonders hart trifft die Bürokratie den Mittelstand. Beispiel Maschinenbau: Allein aufgrund der derzeitigen Bundesgesetzgebung gibt es mindestens 375 verschiedene Meldungen, Bescheinigungen und Statistiken, die Maschinen- und Anlagenbauer beachten müssen. Jeder für Bürokratie ineffizient eingesetzte Euro zehrt dabei an der Bruttorendite, beschneidet Zukunftsinvestitionen und mindert so langfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Bürokratiekosten liegen auf Bundesebene im Maschinenbau in drei exemplarisch untersuchten Unternehmen bei 1 bis 3 Prozent vom Umsatz. Mit 3 Prozent

liegen die Bürokratiekosten am höchsten in kleinsten Unternehmen. Diese entsprechen den internen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, die bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) im Maschinenbau im Schnitt ebenfalls bei rund 3 Prozent vom Umsatz liegen. Verglichen mit anderen Ausgaben – z.B. für Personal – entspricht der Bürokratieaufwand 10 Prozent der durchschnittlichen Personalkosten.

„Der Staat belastet Unternehmen mit immer neuen Bürokratielasten.“

Der Staat belastet Unternehmen mit immer neuen Bürokratielasten, und zwar auf allen staatlichen Ebenen. So verpflichtet das am 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz größere Unternehmen dazu, „menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in angemessener Weise“ zu beachten. Die Bundesregierung will damit gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im Ausland vorgehen. Die Einhaltung der Menschenrechte ist an sich, wie bei so vielen neuen Regeln, ein gutes Ziel. Doch während neue Gesetze schnell gemacht sind, führen Bürokratie, Gummiparagrafen und Gesetzes-Dschungel Unternehmen schnell an eine Belastungsgrenze. Oder sogar zur Standortverlagerung oder Geschäftsaufgabe. Hinzu kommt: Zwar sind kleine und mittlere Unternehmen formal nicht vom Lieferkettengesetz betroffen. Dennoch müssen auch kleine Zulieferbetriebe ihren Kunden Daten und Informationen zur Verfügung stellen, damit diese die Pflichten des Lieferkettengesetzes erfüllen können. Auch diese indirekte Verpflichtung erzeugt gewaltige Bürokratielasten.

Aus politischer Perspektive ist der Bürokratie-Begriff eindeutig definiert: Bürokratie sind Informationspflichten und damit „(...) auf Grund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige

Frage: „Wie ist Ihr Eindruck: Hat sich der Aufwand, der für Sie bzw. für Ihr Unternehmen im Austausch mit der öffentlichen Verwaltung entsteht, in den letzten 7 Jahren, also seit 2015, eher verringert oder ist der Aufwand eher gestiegen, oder hat sich da in den letzten 7 Jahren nichts getan?“

Der Aufwand, der für das eigene Unternehmen im Austausch mit der öffentlichen Verwaltung entsteht –



Nicht dargestellt: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Führungskräfte in privatwirtschaftlichen Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten oder mehr als 2 Mio. Euro Umsatz p.a.
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 8298 © IFD-Allensbach

Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln.“ (§ 2 Absatz 2 NKRK – Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates). Bürokratie umfasst damit beispielsweise das Ausfüllen von Formularen, das Mitwirken an Erhebungen, Nachweis- und Dokumentationspflichten oder das Berechnen von Steuern sowie der Sozialabgaben. Der Aufwand, der mit der Erfüllung der bürokratischen Vorgaben verbunden ist, ist aber größer. Oft geht der Erfüllungsaufwand über die reinen Dokumentations- und Informationspflichten hinaus. Das gilt auch für den gesamten Zeit- und Geldaufwand, der durch die Befolgung einer rechtlichen Vorschrift des Staates entsteht, zum Beispiel die Anschaffung von Software für die Umsetzung der Bürokratiepflicht, das Ersetzen veralteter Technik aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen oder notwendige Schulungen.

Es ist höchste Zeit, den Dschungel an Gesetzen und Vorschriften zu lichten.

Holger Lösch



Wenn die Unternehmen mit den aktuellen Herausforderungen wie Lieferkettenproblemen, der Inflation, Energieknappheit und dem globalen Systemwettbewerb fertig werden sollen, muss der Staat handeln. An Lösungsmöglichkeiten mangelt es nicht. Schon in der Vergangenheit gab es Ansätze, mit der Bürokratie fertig zu werden. Die 2015 eingeführte „One in, one out-Regel“-Regel sieht vor, dass jede neue Vorgabe, die die Wirtschaft belastet („in“) im Verlauf der gleichen Legislaturperiode durch eine entlastende Vorgabe („out“) ausgeglichen

werden muss. So soll der Aufwand für die Unternehmen begrenzt werden. Seit Beginn der laufenden Legislaturperiode fällt diese Bilanz laut dem Normenkontrollrat allerdings negativ aus. Den neuen Belastungen in Höhe von 530 Mio. Euro stehen bislang Entlastungen in Höhe von lediglich 125 Mio. Euro entgegen. Daraus ergibt sich ein negativer Saldo der „Ins“ von über 400 Mio. Euro.

„Die Bürokratiekosten für die Wirtschaft erreichen schwindelerregende Höhen.“

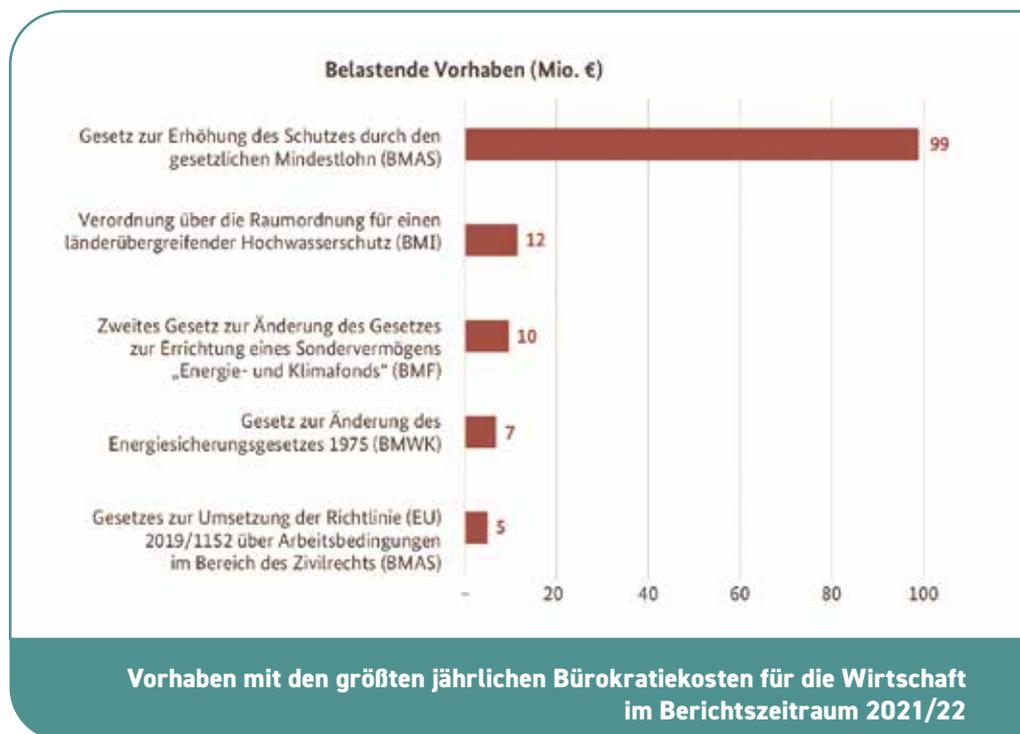
Ein anderer Ausweg ist ein Belastungsmoratorium. Das von der Ampel am 29. September versprochene Moratorium für die Wirtschaft bleibt bislang aber leider ein leeres Versprechen: Das ergab eine aktuelle Überprüfung der MIT gemeinsam mit etwa 30 Wirtschaftsverbänden. Dabei wurden alle aktuellen Vorhaben der EU und der Bundesregierung auf ihr Belastungspotenzial für die Wirtschaft hin überprüft und schädigende Gesetze und Initiativen zusammengetragen. Auf diese Weise kamen zwei „Giftlisten“ zustande – die für die EU umfasst 76 belastende Vorhaben, die allein 2022 in Brüssel beschlossen oder angekündigt wurden. Auf bundesdeutscher Ebene wurden 34 entsprechende Vorhaben gezählt. Im Ergebnis ist das Belastungsmoratorium der Ampel ein reiner, wertloser Papiertiger. Das Versprechen, die Betriebe nicht weiter belasten zu wollen, wird von der Ampel gebrochen. Der deutsche Mittelstand steht vor einer Existenzkrise. Die Zahl der Insolvenzen ist zuletzt im November 2022 um ein Fünftel (19,9 Prozent) gegenüber November 2021 ge-

stiegen, die meisten Insolvenzen gab es in mittelständisch geprägten Branchen. Im Januar sahen sich 4,8 Prozent der Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Dennoch plant die Ampel eine Belastung nach der anderen. Hinzu kommen Dutzende neuer Regulierungen aus der EU.

Die deutsche Industrie ist zu Recht besorgt. Zum alarmierenden Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollrats sagte Holger Lösch, stellvertretender BDI-Hauptgeschäftsführer: „Die Bürokratiekosten für die Wirtschaft erreichen schwindelerregende Höhen. Immer mehr Berichtspflichten, Beauftragte und strafbewehrte Vorgaben binden unternehmerische Ressourcen, ohne zur Wertschöpfung beizutragen.“ Diese Flut von Vorgaben ist in der angespannten Wirtschaftslage schwer nachvollziehbar, so der BDI. „Das angekündigte Belastungsmoratorium der Bundesregierung muss schnell kommen und spürbar greifen.“ Schon jetzt verzögern übermäßige neue Regulierungen Investitionen oder drängen Unternehmen ins Ausland. „Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz beispielsweise fordert Unternehmen aller Größen auf, neuen Vorgaben von Kunden und Geschäftspartnern im Wertschöpfungsverbund zu folgen – die Wirtschaft erwartet ein drastisches Mehr an Bürokratie und Aufwand.“ Insbesondere in Krisenzeiten habe der Staat die Aufgabe, Unternehmen von Überregulierung zu befreien, so Lösch. Die Bundesregierung und vor allem der neu konstituierte Staatssekretärsausschuss für Bürokratieabbau sollten die unabhängigen Empfehlungen des Nationalen Normenkontrollrats nach Ansicht der Industrie ernst nehmen. Gefragt sind pragmatische ressortübergreifende Vorschläge zur Bürokratieentlastung. Künftig sollten sich alle Gesetzesvorhaben an ihrer Digitaltauglichkeit und Praktikabilität messen lassen. Für ein Industrieland sind analoge Verwaltungsprozesse nicht länger hinnehmbar. „Allein seit Dezember 2021 wurden mehr als 150 neue Schriftformerfordernisse gesetzt. Das Bundesinnenministerium muss endlich den im Koalitionsvertrag vereinbarten Digitalcheck vorstellen.“

Auch das Handwerk, mittelständisches Rückgrat der deutschen Wirtschaft, ist alarmiert. Aus Sicht der Handwerksbetriebe rede die Politik zu viel über Entlastungen der Wirtschaft, ohne durchzugreifen. Das gilt etwa für die Gaspreisbremse. „Komplett ausgeblendet werden die zahl-

reichen Belastungen durch Bürokratie. Dabei gibt es hier viele Abbaumöglichkeiten, die die Betriebe deutlich entlasten würden“, sagt Markus Peifer, Rechtsexperte beim Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). Auch der Deutsche Industrie und Handelskammertag DIHK ist enttäuscht über die Fortschritte beim Abbau von Bürokratie. „Viele Unternehmerinnen und Unternehmer sind ernüchtert darüber, dass sie selbst in der aktuellen Krise



keine spürbaren Vereinfachungen und Entlastungen erleben. Im Gegenteil: Die Anforderungen steigen weiter“, sagt DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben.

Ein schnelles Eingreifen fordert die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann, die den zuständigen Politikern der Ampel-Koalition und den EU-Kommissaren vorwirft, scheinbar in einem Paralleluniversum zu leben. „Ampel und EU-Kommission müssen sofort alle Regulierungen, die Unternehmen zusätzlich belasten, stoppen. Die Giftlisten an Belastungen müssen wieder in den Giftschrank. Deutschland steht an einer Zeitenwende. Das bedeutet: volle Konzentration auf die Rettung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.“ ●



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de

Im Würgegriff der Inflation

Die Geldentwertung trifft auch den Mittelstand hart – was Politik und Zentralbanken jetzt anders machen müssen.



Nachdem der Anstieg der Verbraucherpreise zum Jahreswechsel nicht mehr ganz so stark ausgefallen war, hofften viele darauf, dass wir beim Thema Inflation über den Berg sind. Doch die Preise steigen weiter, die Inflationsrate verharrte im Februar mit 8,7 Prozent auf hohem Niveau. Die Auswirkungen der Preissteigerungen sind gewaltig. Angesichts der hohen Inflation sind 2022 trotz nominal steigender Löhne die Reallöhne um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zum dritten Mal in Folge gesunken. Klar ist auch: Die Verbrau-

cherpreise werden steigen, solange die Preise für die Vorprodukte steigen. Die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte lagen im Januar 2023 noch ganze 17,8 Prozent höher als im Januar 2022, die Verkaufspreise im Großhandel lagen im Januar um 10,6 Prozent höher als im Januar 2022.

Die Inflation trifft den Mittelstand mit großer Härte. Reinhold von Eben-Worlée, Präsident des Verbands „Die Familienunternehmer e.V.“, sieht den Mittelstand durch die Inflation unter Druck gesetzt. Dem Mittelstandsmagazin sagte Eben-Worlée: „Die hohe



triebene kalte Progression belastete die Steuerzahler laut ifo-Institut im Jahr 2022 mit 10,9 Milliarden Euro. Auf Grund der geringeren steuerlichen Beschäftigungsanreize blieben dem Staat so Mehreinnahmen von 9,3 Milliarden Euro durch die kalte Progression. „Für 2023 gleicht das neue Inflationsausgleichsgesetz die Steuerbelastung der Haushalte durch die kalte Progression nahezu aus, kompensiert aber nicht die verbleibende Steuerbelastung durch die Inflation des Vorjahres 2022“, sagt ifo-Präsident Clemens Fuest.

Über die täglichen Sorgen hinaus setzt die Inflation volkswirtschaftlich negative Anreize. Sparen und Konsumverzicht, die Voraussetzungen nachhaltigen Wirtschaftens, die Grundlage für Investitionen in die Zukunft, werden durch Inflation systematisch bestraft. Dem gegenüber belohnt die Inflation systematisch Verschuldung und Konsum. Viel zu wenig Beachtung finden die negativen Auswirkungen der über ein Jahrzehnt andauernden Phase extrem niedriger Zinsen. Denn: Hohen Zinsen kommt in der Marktwirtschaft eine wichtige Steuerungsfunktion zu. Nur Unternehmen, die die Zinslasten bedienen können, werden weitergeführt. Unternehmen, die die hohen Zinsen nicht bedienen können, gehen insolvent.

Inflation ist eine Belastung vor allem für mittelständische Betriebe. Fortlaufend steigende Einkaufspreise lassen die Angebotserstellung vielerorts zu einer Lotterie werden. Die Preissteigerungen können selten eins zu eins weitergegeben werden. Dabei hatte sich Ende 2021 die Inflation schon deutlich angekündigt, die EZB hat jedoch einen sehr schlechten Job gemacht. Jetzt ist die Inflation Thema in jeder Lohnverhandlung und einige Gewerkschaften setzen dadurch die gefährliche, inflationstreibende Lohn-Preis-Spirale in Gang. Angesichts der Knappheit an

Fachkräften werden nun auch noch die Personalkosten für viele Betriebe ein riesiges Inflationsthema.“

Darüber hinaus verschärft die Inflation bestehende Probleme im Mittelstand. Zum Beispiel das Problem der kalten Progression: Wenn Unternehmen das Gehalt der Mitarbeiter erhöhen, um die Inflation auszugleichen, erhöht sich für diese auch der Steuersatz – wodurch die Gehaltserhöhung aufgefressen wird. Mit dem Inflationsausgleichsgesetz ist die Ampel-Regierung das Problem angegangen, leider nur unzureichend. Die inflationsge-

Was für Arbeitnehmer und Unternehmen zunächst dramatisch ist, hat für die Volkswirtschaft als Ganzes einen überlebenswichtigen Effekt, denn durch Insolvenzen werden Produktionsfaktoren freigegeben, einen produktiveren Einsatzort zu finden. Dieser Prozess der Schöpferischen Zerstörung (Schumpeter), in dem der Zins eine dezentrale Steuerung übernimmt, hat bewiesen, dass er eine Volkswirtschaft besser steuern kann als eine zentrale Planwirtschaft, in der Produktionsfaktoren zentral verteilt und eingesetzt werden. Auf einem

„Angesichts der Knappheit an Fachkräften werden nun auch noch die Personalkosten für viele Betriebe ein riesiges Inflationsthema.“

Reinhold von Eben-Worlée

politisch verordneten Nullzinsniveau versagt dieser Prozess allerdings. Volkswirtschaften werden künstlich beatmet, unzählige Unternehmen werden weitergeführt, obwohl sie weitgehend unproduktiv arbeiten.

Schon 2017 beschäftigte sich die Bundesbank mit der Frage, welcher Anteil der Unternehmen in einem regulären Zinsumfeld ihre Kreditverpflichtungen nicht bedienen könnten und von Insolvenz bedroht wären („Zombie-Unternehmen“). Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) schätzte 2018, dass allein von den deutschen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) 167.000 als Zom-

bie-Unternehmen zu klassifizieren seien. Eine Umfrage des ifo-Instituts im Jahr 2020 zeigte, dass 86 Prozent der befragten 120 Ökonomen befürchten, dass die Anzahl der Zombie-Unternehmen schon im Zuge der Corona-Krise angestiegen ist. Steigende Zinsen stellen gerade solche Unternehmen irgendwann vor große Herausforderungen – mit Folgen für den globalen Systemwettbewerb, die die beste Wirtschaftsplanung erfordert. Auch die beste Wirtschaftsordnung wird sich nicht gegen chinesische Zentralplanung behaupten können, wenn ihr Steuerungsmechanismus außer Betrieb gesetzt ist.

Eine nachhaltige Bewältigung der aktuellen Inflationsrisiken muss zwingend geldpolitischer Art sein. Denn Inflation ist zunächst ein monetäres Phänomen. Die Ursache der Inflation ist eine zu große Menge an Geld im Wirtschaftskreislauf. Der Energiepreisschock 2022 löste einen gewaltigen Preisschub aus, allerdings auf Grundlage der monetären Situation. Ein Kurswechsel in der Geldpolitik erfordert jedoch große politische Anstrengungen auf gesamteuropäischer Ebene. Geldpolitische Maßnahmen würden außerdem nicht kurzfristig wirken. Kurzfristig ist also die Politik am Zug.

Im September brachte die Bundesregierung etwa die Inflationsprämie auf den Weg. Arbeitgeber können ihren Mitarbeitern einmalig bis zu 3.000 Euro steuerfrei auszahlen. Außerdem hat die Ampel einen 200 Mrd. Euro schweren „Abwehrschirm“ gespannt („Doppel-Wumms“), mit dem Bürger und Unternehmen sicher durch den Winter kommen sollen. Neben der Strompreisbremse kam auch die Gaspreisbremse. Und die anderen? Die französische Regierung hatte bereits im Herbst 2021 für Privathaushalte die Gaspreise eingefroren. Ungarn hat nicht nur Strom- und Gaspreise gesenkt, sondern auch die Preise für Zucker, Eier, Kartoffeln und Milch gedeckelt. In Japan werden nicht nur (wie in der EU) viele Lebensmittel subven-

Reinhold von Eben-Worlée



Clemens Fuest



tioniert, sondern auch der Nahverkehr, Autos, Benzin und Hochschulbildung. Auch die Strom-, Wasser- und Gaspreise werden reguliert. Das Problem solcher Entlastungspakete: Da sie allesamt schuldenfinanziert sind, also durch Geldschöpfung im Fiatgeld-System bereitgestellt werden, erhöhen sie die Geldmenge noch weiter.

Der Doppelwumms erhöht die Geldmenge im Euroraum um 200 Mrd. Euro und schafft somit neues Inflationspotenzial. Kurzfristig mildert der Doppelwumms also die Schmerzen der Inflation. Mittel- und langfristig ist der Doppelwumms jedoch wie ein Feuerlöscher, der mit Brandbeschleuniger gefüllt ist.

„Insgesamt muss die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt werden, um deutsche Arbeitsplätze zu erhalten.“

Was muss heute geschehen, um die Inflation zu beenden? Kurzfristig ist weiter die Politik gefordert. Angesichts der Preisexplosion in bestimmten Märkten muss sie für die Entlastung von Bürgern und Unternehmen sorgen. Die Unternehmen brauchen Zugang zu bezahlbarer Energie, die Kernenergie muss gefördert anstatt verteufelt werden. Steuern müssen gesenkt werden, und zwar auf das innerhalb der EU minimale Niveau. Kostenbelastungen und Bürokratie müssen abgeschafft werden, ein Belastungsmoratorium muss insbesondere mittelständische Unternehmen entlasten. Beispielsweise darf das irrsinnige Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das Unternehmen mit Bürokratie überschüttet und für mangelhafte Umwelt- und Sozialstandards



in aller Welt in Haftung nimmt, nicht zur Anwendung kommen. Insgesamt muss die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt werden, um deutsche Arbeitsplätze zu erhalten. Dazu gehört auch, dass die Regierung den Unternehmen neue Absatzmärkte im Ausland eröffnet, anstatt den Freihandel immer stärker durch Klima- und Sozialvorgaben abzuwürgen.

Die Aufblähung der Geldmenge durch immer neue Nachtrags- und Nebenhaushalte wie „Sondervermögen“, die in Wirklichkeit neue Schulden sind, muss verhindert werden. Die seit 2016 grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse muss konsequent eingehalten werden. Durch eine Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts muss EU-weit für nachhaltige Staatsfinanzen gesorgt werden. Wenn eine europäische Währung weiter bestehen soll, geht das nur, wenn alle europäischen Staaten ihre Ausgabenverpflichtungen reduzieren und Schulden abbauen, um mittelfristig den Inflationsdruck unter Kontrolle zu bringen.

Eine politisch unabhängige europäische Geldpolitik zugunsten einer langfristig florierenden europäischen Volkswirtschaft kann dann nur eine Richtung kennen: hohe Zinsen, Verzicht auf die Finanzierung von Staatshaushalten durch die EZB und eine

stärkere Einhegung der Geldschöpfung durch private Banken („Fiat-Geld“), etwa durch Einführung eines parallel existierenden digitalen Euros, den die EZB direkt emittiert.

Was auf Gütermärkten gilt, ist auch für Währungen richtig: Erst Wettbewerb und Konkurrenz disziplinieren zu hoher Qualität. Friedrich August von Hayek hatte vorgeschlagen, das Missbrauchspotenzial von Zentralbanken durch die Entnationalisierung des Geldes einzuschränken. Bürger und Unternehmen sollten nicht von einer staatlichen Monopolwährung abhängig sein, wenn deren Politik auf eine Geldentwertung hinausläuft. Sie sollten ihre Währung frei wählen können. Auch wenn es gute Argumente gegen eine solche Entnationalisierung des Geldes gibt: Die Förderung alternativer Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel wie Kryptowährungen und Edelmetalle ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung langfristiger wirtschaftlicher Prosperität. Und zur Absicherung dafür, dass Lenin nicht Recht behält mit seiner These, dass der Kapitalismus am zielsichersten durch die Entwertung seiner Währung zerstört werden könne. ●



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de



THORSTEN ALSLEBEN IM INTERVIEW

„In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“



Es ist sein letztes Interview im Mittelstandsmagazin: Nach fast neun Jahren verlässt Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben im April die MIT und damit endet auch seine Zeit als Chefredakteur. Dieses Mal ist nicht er der Interviewer. Dieses Mal bekommt er die Fragen gestellt – über seine bisherige und die neue Rolle –, und zwar von Melanie Amann, der Leiterin des SPIEGEL-Hauptstadtbüros. Dass das nicht leicht wurde, war beabsichtigt.

Amann: Mit welchem Gefühl verlassen Sie nach fast neun Jahren die MIT?

Alsleben: Das ist schon ein komisches Gefühl, weil ich viele Dinge angesprochen habe und auch noch dabei bin. Es ist nicht so, dass ich jetzt eine komplett fertige Organisation an den Nachfolger übergeben kann, sondern es ist alles im Fluss. Politische Themen, organisatorische Themen. Wir haben den Bundesmittelstandtag im September, den ich jetzt vorbereiten muss. Das ist so, wie wenn man schwanger ist, aber jemand anders bringt das Kind zur Welt.

Wie ist dieser Wechsel jetzt zustande gekommen? War es so, dass Sie auch gesagt haben, „jetzt, da die Union nicht mehr regiert, macht es nicht mehr so richtig Spaß“?

Das kann ich ausschließen. Ich dachte anfangs auch, als wir in die Opposition kamen, ab jetzt wird es ja ruhig und langweilig. Man kann sich schön auf grundsätzliche Dinge konzentrieren. Dem ist aber nicht so! Gerade in der Oppositionszeit sind wir als MIT besonders gefordert, weil die ganze Infrastruktur der Regierung ja weggebrochen ist. Und wir werden sehr häufig angesprochen. Was könnte man dazu sagen? Habt ihr dazu was? Und dann können wir Papiere und Ideen entwickeln.

Von wem angesprochen?

Zum Beispiel von Abgeordneten, aber auch aus der Partei. Wir werden jetzt als Think-Tank genutzt und das macht Spaß. Wir können Einfluss nehmen. Und ich denke sogar, dass wir in der

Opposition das eine oder andere erreicht haben, was wir vielleicht in der Regierung gar nicht erreicht hätten. Beispiel Bürgergeld. Die starke Ablehnung des Bürgergelds am Ende auch durch die Union im Bundesrat, dazu haben wir in der ganzen Debatte zumindest ein Mosaiksteinchen beigetragen.

Waren Sie eher ein Kämpfer oder sind Sie eher Helfer oder Berater?

Alles. Ich war Kämpfer, Helfer, Berater. Und diese unterschiedlichen Rollen vertragen sich auch nicht immer. Manchmal habe ich für manche zu viel gekämpft. Und umgekehrt gab es aber auch die Rückmeldung: „Jetzt musst du mal wieder kämpfen.“ Es war beides. Aber ich glaube, dass ich für viele schon anstrengend war.

Das kann ich bestätigen. Und ich habe immer den Eindruck gehabt, dass Sie eigentlich de facto diesen Laden geschmissen haben, vielleicht auch für den Hauptgeschäftsführer normal, aber Sie waren für mich immer ein bisschen der Chef. Und Carsten Linnemann war eher der Präsident, der die Inhalte dann nach außen vertreten hat, aber Sie waren eher der, der wirklich die Zügel in der Hand hatte. Sehe ich das falsch?

Das stimmt so nicht. Der oder die Vorsitzende bei uns ist schon sehr, sehr stark und die klare Nummer 1, insbe-

„Ich war Kämpfer, Helfer, Berater. Und diese unterschiedlichen Rollen vertragen sich auch nicht immer.“



Thorsten Alsleben (51) ist seit Juni 2014 Hauptgeschäftsführer der MIT. Alsleben stammt aus dem Rhein-Sieg-Kreis, hat in Siegburg Abitur gemacht und danach in Bonn Jura studiert. Nach dem ersten juristischen Staatsexamen wurde er bei der Deutschen Welle zum TV- und Radioredakteur ausgebildet. Seine Berufslaufbahn startete er danach beim ZDF, zunächst in Düsseldorf, später als Hauptstadtkorrespondent in Berlin. Nach elf Jahren als Journalist wechselte er in den Leitungsstab des Bundesarbeitsministeriums und wurde danach Hauptstadtrepräsentant der Unternehmens- und Personalberatung Kienbaum, bevor ihn Carsten Linnemann zur MIT holte. Im April wechselt Alsleben als Geschäftsführer zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Berlin, die parteiübergreifend für die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft nach den Prinzipien Ludwig Erhards wirbt und von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird. Thorsten Alsleben ist verheiratet und hat drei Kinder.



sondere, da ja sowohl jetzt Gitta Connemann als auch vorher Carsten Linnemann Berufspolitiker sind. Das heißt, sie sind auch stets in Berlin präsent und in allen Themen drin. Das ist anders als in vielen Verbänden, in denen Ehrenamtler neben ihrem Unternehmen mal ab und zu in Berlin aktiv sind und auch anders als früher bei MIT-Chef Josef Schlarmann, der Unternehmer war. Aber klar, in dem Tagesgeschäft war ich als Hauptgeschäftsführer, der keinen Wahlkreis hat, sondern sich nur mit Bundespolitik beschäftigt, schon sehr stark eingebunden und musste auch viele Entscheidungen treffen. Aber am Ende treffen politische Entscheidungen immer der bzw. die Vorsitzende.

Und gab es denn jemals ein Thema, das Linnemann ganz auf eigene Faust setzen wollte? Weil meistens ist mein Eindruck von außen gewesen, dass Sie intern die Impulse gesetzt haben und Linnemann das dann nach außen getragen hat.

Das meiste ist in Teamrunden entstanden und viele Ideen stammten von ihm. Aber immer wieder hat er auch mal unabgestimmt Akzente gesetzt: Beispielsweise die Debatte um die Vorschulpflicht, das war eine Initiative allein von ihm...

Das hat ja auch nicht super funktioniert...

Doch das hat super funktioniert, weil die Debatte danach genau zu dem Er-

gebnis geführt hat, was er damals angeregt hatte, nämlich, dass wir auf dem Parteitag beschlossen haben, fast einstimmig, dass Kinder, die nicht genügend Deutschkenntnisse haben, rechtzeitig individuell gefördert werden, dass sie also nicht einfach auf die Grundschule geschickt werden ohne die richtigen Voraussetzungen. Seine Aussage wurde damals falsch zugespitzt. Die Nachrichtenagentur dpa hatte sich ja sogar bei ihm entschuldigt für die Überschrift...

... nach dem Interview...

... aber die Debatte, die er angestoßen hat, die war sehr wertvoll und hat am Ende zu einer Einigkeit sogar mit Karin Prien (Bildungsministerin aus Schleswig-Holstein, Anm. der Red.) geführt.

Aber es hat natürlich auch das Image von Linnemann erst mal, vorsichtig ausgedrückt, geschärft in eine Richtung, die ihm, glaube ich, nicht so gut bekommen ist. Er galt danach ja schon als jemand, der nicht nett zu den Ausländerkindern ist, auch wenn das sicher gut gemeint war.

Das kommt darauf an, mit wem Sie reden. Wenn Sie mit Grundschullehrerinnen und -lehrern reden, da haben viele gesagt: „Gott sei Dank spricht das mal einer an!“ Das ist genauso wie jetzt mit den „kleinen Paschas“ von Friedrich Merz. Da gibt es die einen in Berlin-Mitte, die sagen, das ist eine Überzeichnung und diskreditiert ganze Bevölkerungsgruppen. Und die anderen sagen, man muss es so ansprechen, wenn wir erfolgreich integrieren wollen.

Friedrich Merz war auch immer Ihr Wunschkandidat. Also ist das jetzt für Sie so ein Gefühl von „Mission accomplished“, dass er jetzt Parteivorsitzender ist? Das, wofür Sie immer gekämpft haben, schon bei AKK, schon bei Laschet?

Das würde ich schon sagen. Es war ein wichtiges Ziel der MIT, für das auch ich mich mit Überzeugung und Herzblut eingesetzt habe, dass Friedrich Merz Parteichef wird.

Und finden Sie, er macht das jetzt erfolgreich?

Ja.

Und können Sie mir erklären, warum? Es gibt ja auch Fragezeichen.

Also, erst mal ist die Union, und ich weiß nicht, ob es das schon mal gegeben hat, ein gutes Jahr nach Regierungswechsel in den Umfragen deutlich vor den anderen Regierungspar-

teien. Der Kanzlerbonus, von dem die größte Regierungspartei normalerweise profitiert und die sie ganz nach oben zieht, den hat die SPD nicht. Und das hat sicherlich damit zu tun, dass Friedrich Merz viele Dinge in Partei und Fraktion richtig gemacht hat. Und ich muss auch sagen: Es hat mich in der Merkel-Zeit am meisten gestört, dass zu wenig diskutiert wurde, sondern dass immer von vornherein gesagt wurde, „wir dürfen die Regierung nicht gefährden und nicht zu sehr hinterfragen“. Und ich habe immer die Rolle der Partei als eine eigene Rolle verstanden, nicht als Appendix zu einer CDU-geführten Regierung, sondern eigentlich als Impulsgeber, der auch durchaus mal was anderes sagen muss als die Regierung. Das gilt für alle Parteien. Und das ist jetzt in der Opposition leichter. Aber Friedrich Merz lässt auch zu, dass es in der Partei verschiedene Meinungen gibt. Die werden dann ausgetragen und dann gibt es auch eine Mehrheitsentscheidung. Natürlich hat er in seiner neuen Rolle, er ist jetzt nicht mehr der Kandidat eines Flügels, sondern Parteivorsitzender, Entscheidungen treffen müssen, die mir und vielen bei der MIT nicht gefallen haben. Aber das gehört wahrscheinlich dazu.

„Ich lobe übrigens auch hier und da mal die CDA, was ich so in dem Sinne auch parteiintern von anderen umgekehrt nicht wahrnehme.“

Die Frauenquote, vermute ich?

Zum Beispiel.

Sehen Sie die CDU als Partei im Moment in einem guten Zustand?

Ich sehe die CDU als Organisation in einem sehr herausgeforderten Zustand. Ich glaube, dass die alte Volkspartei mit Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden es immer schwerer haben

wird, kampagnenfähig zu sein. Und da man die Partei nicht komplett neu erfinden kann, fällt es schwer, die Strukturen umzumodeln. Das geht von der Beitragshöhe bis zur optimalen Einbindung der Mitglieder. Das wird sehr schwer. Die CDU hat jetzt einen sehr guten neuen Bundesgeschäftsführer, der versucht, Prozesse stärker digital zu steuern. Aber er trifft da auf eine Substanz, die es sehr schwierig macht.

Ich hatte bei Ihnen teilweise schon den Eindruck, dass sie nicht nur ins Lager der Merkel-Kritiker, sondern teilweise sogar ins Lager der Merkel-Hater eingezogen sind. Würden Sie das auch so sehen?

Hater? Nein. Da würde mich interessieren, woran Sie das festmachen.

Ich habe diese Verve gesehen, mit der Sie die politischen Entscheidungen aus dem Kanzleramt kritisiert haben. Öffentlich werden Sie mit Sicherheit nichts von mir finden, was Sie beschreiben.

Vielleicht stimmt es ja trotzdem.

Es gibt gewisse Grundsatzentscheidungen, die ich für sehr schädlich halte. Dazu gehört der voreilige Atomausstieg. Dazu gehört die Art und Weise, wie wir mit der Flüchtlingskrise umgegangen sind. Aber dazu gehört vor allem die Haltung gegenüber der Partei. Ich habe diese emotionale Bindung, die, glaube ich, notwendig

ist, zwischen einem Parteichef und seiner Partei bei Frau Merkel nie gespürt. Und deswegen wurde die Partei aus meiner Sicht immer nur als Wahlkampfinstrument genutzt. Und das ist zu wenig.

Und ist der Markenkern der CDU für Sie jetzt erkennbar, was ist jetzt der Markenkern?

Der Markenkern muss sich jetzt in den nächsten ein, zwei Jahren herausbilden. Ich glaube schon, dass die Union wieder mehr in Richtung wirtschaftliche Freiheit und innere Sicherheit geht. Das ist in der Öffentlichkeit



Melanie Amann (45) ist Leiterin des Hauptstadtbüros und Mitglied der Chefredaktion des Magazins "Der Spiegel". Sie stammt ebenfalls aus dem Rhein-Sieg-Kreis und machte ein paar Jahre später an derselben Schule wie Thorsten Alleben Abitur und studierte ebenfalls danach Jura – allerdings in Trier, Marseilles und Berlin – und wechselte dann auch nach dem ersten Staatsexamen in den Journalismus. Nach einer Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München arbeitete sie unter anderem für die Financial Times Deutschland und die F.A.Z. Sie promovierte in einem betriebsverfassungsrechtlichen Thema zum Dr. jur. Seit 2013 ist sie Redakteurin beim Spiegel, dessen Hauptstadtbüro sie seit 2019 leitet.

„Das war eines meiner Ziele, an denen ich auch wirklich mit Herzblut mitgekämpft habe, dass Friedrich Merz Parteichef wird.“

nicht mehr so stark mit der CDU verbunden, wie es sein sollte. Und genau das ist die Aufgabe, und dafür braucht die Union die Oppositionszeit. In der Regierung kann man das nicht. Ja, klar, würden alle lieber regieren. Aber ich glaube, für die Demokratie und für die CDU ist es gut, dass sie jetzt mal in der Opposition ist.

Wenn Sie jetzt dann künftig die MIT von außen betrachten: Welche Rolle soll sie spielen? Also was ist sozusagen das Verständnis von dieser Institution, gerade mit der CDU in der Opposition? Eine Lobbyorganisation?

Nein, höchstens Lobby für die Soziale Marktwirtschaft, aber auf keinen Fall Lobby für Branchen. In der CDU brauchen Sie einen Mahner, quasi das Gewissen für Ordnungspolitik. Und das ist die MIT. Und das ist gar nicht so leicht, weil wir natürlich auch Unternehmer und Branchenvertreter als Mitglieder haben mit ganz speziellen Brancheninteressen. Und das widerspricht manchmal der Sozialen Marktwirtschaft und der Ordnungspolitik. Bei der MIT versuchen wir immer, die

Ordnungspolitik hochzuhalten. Das muss der Anspruch der MIT sein. Und deswegen muss sie das auch immer wieder in der CDU deutlich ansprechen. Weil Politiker oft dazu tendieren, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen oder populäre Dinge zu machen. Und wir müssen dann manchmal auf das Unpopuläre, Notwendige hinweisen.

Apropos: unpopulär. Reden wir über Twitter. Gibt es Dinge, die Sie bereuen, die Sie auf Twitter gepostet haben oder wo Sie sagen würden „Das hätte ich besser nicht gemacht“? Haben Sie auch was gelöscht?

Ja, ich habe zwei, drei Mal Sachen gelöscht und mich entschuldigt. Ich habe das immer transparent gemacht. Ich habe mich auch persönlich manchmal mit Leuten ausgetauscht, um Dinge einzuordnen.

Wollen Sie mal sagen, um welche Themen es da ging?

Nein, weiß ich wirklich nicht mehr. Vergessen ist auch sehr hilfreich manchmal. Twitter ist ein schwieriges Medi-

um, weil es aufgrund der Zeichenobergrenze natürlich zu einer Zuspitzung führt, auch dadurch, dass gerade die Tweets nach oben kommen, die eine gewisse Blase positiv wie negativ ansprechen. Diese Tweets werden dadurch gepusht. Man kann viel Reichweite erzeugen, aber es ist eben immer ein Risiko drin. Twitter ist zweischneidig.

Wenn ich Sie so im persönlichen Gespräch erlebt habe, sind Sie ja wirklich ein fröhlicher, interessierter, toleranter Typ, auch mit Spaß an der Auseinandersetzung, der sich aber – so wie ich hoffe – auch mal überzeugen lässt. Wir hatten viel Austausch dieser Art, und ich habe auch viel gelernt über Ihren Teil der CDU, also über die Denkwelt der MIT. Deshalb wundere ich mich, wenn ich Sie in sozialen Medien erle-

be. Da schält sich dann das, was ich an Ihnen so schätze, total weg, und es bleibt nur dieser scharfe Thors-ten Alsleben übrig. Da geht, glaube ich, sehr viel verloren von Ihrer wahren Persönlichkeit.

Vielleicht ist das in der Tat so, dass dieses Medium einen in die falsche Richtung lenkt. Das Medium ist für die Zuspitzung gemacht. Es gibt von mir, durchaus auch öffentlich, bei Twitter Zugeständnisse an die andere Seite. Ich lobe übrigens auch hier und da mal die CDA, was ich so in dem Sinne auch parteiintern von anderen umgekehrt nicht wahrnehme. Aber ich gebe zu, dass das Medium eigentlich nicht für Beliebtheitswettbewerbe geeignet ist. Herr Habeck hat ja auch mal entschieden, nicht mehr dabei zu sein.

Aber da haben Sie ja schon gesagt, es ist nicht vorstellbar für Sie.

Doch, klar ist das vorstellbar. Aktuell mache ich bis Ostern Twitter-Fasten – habe ich schon öfters gemacht. Sehr erholsam.

Wenn Sie jetzt verabschiedet werden, was möchten Sie auf dem – sagen wir mal – Grabstein Ihrer Amtszeit lesen?

Bei meiner Abschiedsparty habe ich mir gewünscht, dass keine Grabreden gehalten werden. Deswegen will ich die Metapher eigentlich gar nicht annehmen. Mein Anspruch war mehr als alles, was wir politisch so diskutiert haben, immer: Ich wollte, dass die MIT eine besser und moderner aufgestellte Organisation wird. Bei allem, was wir organisatorisch gemacht haben, waren wir immer sehr, sehr innovativ, progressiv, teilweise avantgardistisch innerhalb der Unionsfamilie. Wir waren die Ersten, die digitale Wahlen durchgeführt haben. Wir haben mit der MIT:FUTURA ein preisgekrönt innovatives Veranstaltungsformat kreiert, das andere heute noch in Teilen kopieren. Wir sind auch noch immer die einzige parteipolitische Organisation, die ihre Fachkommissionen rein nach

Kompetenz und nicht nach Regionalproporz besetzt. Wir bieten allen Mitgliedern an, sich online zu bewerben, aber mit dem eigenen Profil. Jeder muss also dokumentieren, warum er für diese Position qualifiziert ist. Das gibt es normalerweise nicht in den Parteiorganisationen. Und darauf bin ich sehr stolz, dass wir das durchgesetzt haben. Dadurch sind unsere Kommissionen wirklich top besetzt, vom engagierten Mittelständler, der in der Handwerkskammer aktiv ist, über den Wirtschaftswissenschaftler bis zum Spezialisten in einem Spitzenverband.

Gibt es noch weitere Punkte, wo Sie sagen würden, das sind Meilensteine oder Erfolge, die Sie wirklich erreicht haben?

Politisch? Die Abschaffung der kalten Progression, die zwar nicht im Gesetz steht im Sinne eines Tarifs auf Rädern, die aber vom Bundesfinanzministerium 2015 auf unseren Druck hin so zugesagt worden ist für Zukunft. Und bis jetzt hat sich auch jeder Finanzminister daran gehalten. Das war gleich im ersten Jahr meiner Tätigkeit für die MIT eine Kampagne, und da hat sich die ganze Power einer Parteiorganisation gezeigt. Wenn man zusammen mit

„Ich wollte, dass die MIT eine besser und moderner aufgestellte Organisation wird.“

CDA und JU über die Kreisverbände geht, dann konnte man auch einen Parteitag drehen, selbst wenn die Bundeskanzlerin, der Finanzminister und alle Top-Funktionäre gegen einen sind.

Und ein Flop, den Sie vielleicht nennen wollen.

Wir wollten 2015 unseren Namen ändern von „Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU“, einfach in „Mittelstands- und Wirtschafts-



union“. Wir hatten drei einstimmige Vorstandsbeschlüsse dazu und auf dem Bundesmittelstandstag ist es uns entglitten, weil dann irgendwelche Widerstände, die unerklärlich waren, hochkamen, und damit fehlte die Mehrheit für die Satzungsänderung. Und es hat mich geärgert, dass wir uns in so einer wichtigen Sache auf diesen Fall nicht vorbereitet hatten. Vier Jahre später waren wir dann vorbereitet, und die Namensänderung wurde beschlossen.

Jetzt kommen die Satzvervollständigungen, die Sie ja auch immer mit Ihren Interviewpartnern gemacht haben. Auf meinem Grabstein soll stehen...

Sie haben es aber mit den Grabsteinen. Also: „Er war ein guter Ehemann und Vater und hat die Welt ein bisschen besser gemacht“ wäre schön, aber da ich mir unsicher bin, ob es da steht, werde ich mich lieber, wie meine Eltern, auf See bestatten lassen.

Mein Fünfjahresplan für die INSM sieht als Herzstück vor...

...zu zeigen, dass Soziale Marktwirtschaft zum Wohle aller Menschen und nicht nur der Unternehmer ist.

Bei meinem ersten Termin bei Bundeskanzler Scholz werde ich...

...dafür werben, dass Unternehmen deutlich weniger reguliert werden und dass dann trotzdem alle davon profitieren. Das glaube ich wirklich. ●

PRO & CONTRA

Sollen ausreisepflichtige Asylbewerber arbeiten dürfen?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen – in diesem Fall sogar zwei Präsidiumsmitglieder. Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Alles, was Menschen in Arbeit bringt, müssen wir nutzen



Peter-Friedrich Erl

Dipl.-Ing., ist Inhaber und Geschäftsführer einer Hoch- und Tiefbau GmbH und gewähltes Mitglied im Präsidium des MIT-Bundesvorstands

Diese Frage kann ich mit einem klaren „Ja“ beantworten, da seit Jahren in vielen Unternehmen, nicht nur im Handwerk, Fach- und Arbeitskräfte und darüber hinaus auch Nachwuchs fehlen. Ohne Zuwanderung werden wir die Zukunft nicht meistern können.

Auch 2022 blieben wieder viele Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen unbesetzt. Vielen Betrieben droht das Aus, wenn nicht schnellstens von Seiten der Politik gehandelt wird und Lösungen für den Arbeitskräftemangel gefunden werden. Bei diesem Thema hat politisches Gezänk keinen Platz.

Grundvoraussetzung für die Arbeitserlaubnis muss sein, dass die Asylbewerber nicht straffällig geworden sind, sich gut integriert haben und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Gesetze, Werte und Kultur in unserem Lande anerkennen. Ebenso muss gewährleistet sein, dass für sie ihr Lebensunterhalt dauerhaft gesichert ist und sie eine Unterkunft haben. Ein automatischer Familiennachzug ist ausgeschlossen.

Eine konsequente Rückführung ist derzeit in Deutschland nicht möglich, aus verschiedenen Gründen, z.B. wegen fehlender Papiere, weil ihre Ursprungs-Staaten die

Asylbewerber nicht mehr zurücknehmen oder weil die Politik nicht konsequent handelt. Was bedeutet, dass die Asylbewerber auf Jahre in unserem Land sind, oft untätig in Wohnheimen, Parks und öffentlichen Plätzen bleiben und zum Nichtstun verdammt sind. In Thüringen z.B. sind immer noch rund 50 Prozent der Asylbewerber, die 2015/16 in unser Land gekommen sind, ohne Arbeit und beziehen staatliche Leistungen und belasten damit uns alle. Würden diese Menschen einer sozialpflichtigen

Arbeit oder auch nur einer öffentlichen Hilfsarbeit in Kommunen nachgehen, wäre dies ein Vorteil für alle und mit Sicherheit würde die Integration schneller und effektiver sein und das Selbstwertgefühl der Asylbewerber steigern.

Viele Betriebe wollen den Asylbewerbern eine Chance geben, deshalb muss auch ein Umdenken in der Politik erfolgen. Alles, was Menschen in Arbeit bringt, müssen wir nutzen. In Notsituationen, wie wir sie in Bezug auf den Arbeitskräftemangel haben, muss die Bürokratie hintenanstehen. Derjenige, der arbeiten will, der soll auch arbeiten dürfen und damit die Chance bekommen, einer sinnvollen Tätigkeit mit Entlohnung nachgehen zu können. Dafür müssen die Grundvoraussetzungen geschaffen werden. ●

PRO

Asylbewerber, deren Asylanträge abgelehnt wurden und die ausreisepflichtig sind, sowie Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten erhalten bislang keine Arbeitserlaubnis. Fakt aber ist: 2 Millionen Stellen können derzeit nicht besetzt werden. Müssen wir hier umdenken?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Schon jetzt werden die Chancen des Aufenthalts zu wenig genutzt

Der Mangel an Arbeitskräften wird immer mehr zur Existenzfrage für viele Betriebe. Seit Jahren arbeitet sich die Politik an Lösungsversuchen ab – mit längerem Arbeiten, mehr Frauenerwerbstätigkeit und auch Zuwanderung. Letztere wird immer wieder mit Vorstößen eines Spurwechsels zwischen Asyl und legaler Arbeitsmigration diskutiert. Abgelehnte Asylbewerber, die derzeit nicht rückführbar sind (Geduldete), sollen durch ihre Bemühungen um eine Arbeitsaufnahme ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland erhalten. Grundsätzlich dürfen die meisten dieser Geflüchteten auch durch die 2020 eingeführte Beschäftigungs- und Ausbildungsduldung längst arbeiten. Von 830.000 abgelehnten Asylbewerbern betrifft dies rund 75 Prozent. Das Problem ist allerdings: Sie nutzen die Chancen ihres Aufenthalts nicht. Die Hälfte aller Asylbewerber in Deutschland ist arbeitslos. Bevor neue Wege der Erwerbsmigration über den Asylweg gesucht werden, sollte zunächst das bestehende Potential bei Geflüchteten mit Aufenthaltstitel genutzt werden.

Würde ein Bleiberecht für Ausreisepflichtige geschaffen, wäre dies ein endgültiger Dammbrechung unserer Asylpolitik zugunsten ungesteuerter Migration. Schon heute ist Deutschland aufgrund

seiner leichten Standards zum Erhalt eines Aufenthaltstitels sowie seines umfassenden sozialen Sicherungsnetzes das beliebteste Einreiseland in der Europäischen Union. Hier werden die meisten Asylanträge gestellt, nur die Türkei und Kolumbien beherbergen noch mehr Flüchtlinge. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen sowie unseres Sozialstaates sind erreicht. Die vollständige Öffnung des Asylrechts für die Arbeitsmigration würde Deutschland jede Einflussmöglichkeit auf die Auswahl nach Qualifikation und Eignung nehmen.

CONTRA

Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme der Fachkräftezuwanderung. Diese fehlt bislang. Wir wissen, dass die Bemühungen unserer Botschaften, Konsulate und Ausländerbehörden unzureichend sind. Wartezeiten von bis zu einem Jahr sind an der Tagesordnung. Die Perspektive von außen zeigt: Deutschland hat im OECD-Vergleich die höchsten Steuern und Abgaben weltweit. Hinzu kommen erhebliche bürokratische Hürden und Kostensteigerungen, die heimische Unternehmen und auch Fachkräfte abschrecken. 250.000 Hochqualifizierte verlassen Deutschland jährlich. Dieser Brain Drain kann durch eine Öffnung für Geringqualifizierte nicht verhindert werden. ●



Jana Schimke MdB ist stellvertretende MIT-Bundenvorsitzende und Co-Vorsitzende der MIT-Kommission Arbeit/Soziales/Familie. Im Bundestag ist sie Vorsitzende des Tourismusausschusses



NEUE KÜNSTLICHE INTELLIGENZ MACHT SCHLAGZEILEN

Kann ChatGPT den Mittelstand verändern?

Im Bildungswesen sorgt diese Anwendung schon für Aufruhr: Schüler nutzen sie als Hausaufgabenhilfe, sogar politische Reden hat sie verfasst. Jetzt könnte auch die Revolution in der Arbeitswelt folgen – das Anwendungspotenzial ist gigantisch

Was ist ChatGPT?

ChatGPT ist die Abkürzung für „Chatbot Generative Pre-trained Transformer“. Es handelt sich um einen hoch entwickelten Chat-Bot, der Anfragen in mehreren Sprachen in ganzen Sätzen beantwortet. Ein Chat-Bot ist eine Anwendung, die Künstliche Intelligenz (KI, manchmal auch „AI“ für den englischen Begriff „Artificial Intelligence“) verwendet, um sich mit Menschen in natürlicher Sprache zu unterhalten. Auf zahlreichen Webseiten werden schon lange solche Chatbots genutzt – zur Kommunikation mit den Besuchern und zur Beantwortung der Fragen zu den Produkten. ChatGPT geht einen großen Schritt weiter: Mit dieser Anwendung lassen sich Texte in beliebigen Längen und zu diversen Themen erstellen. Der Nutzer muss lediglich einige Angaben dazu machen, welche Themen behandelt werden sollen.

Wer steckt dahinter?

ChatGPT wurde von OpenAI entwickelt, einem kalifornischen KI-Startup, das unter anderem von Elon Musk und dem Programmierer Sam Altman gegründet wurde. Seit 2019 kooperiert Microsoft mit OpenAI. Auf Twitter schrieb Altman: „Der technologische Fortschritt, den wir

in den nächsten 100 Jahren machen, wird weitaus größer sein als alles, was wir gemacht haben, seit wir das Feuer kontrolliert und das Rad erfunden haben.“

Starke Worte. Aber was heißt das für den Mittelstand? Fragen wir ChatGPT!

„Die Auswirkungen von ChatGPT auf die Wirtschaft sind enorm. ChatGPT kann Unternehmen dabei helfen, ihre Kunden effektiver und effizienter zu betreuen. Chatbots können Kundenfragen schnell beantworten und ihnen bei der Lösung von Problemen helfen, was die Kundenzufriedenheit erhöht. Darüber hinaus können Chatbots auch verwendet werden, um Kundenbestellungen aufzunehmen und den Verkaufsprozess zu automatisieren. Dadurch können Unternehmen Kosten sparen und gleichzeitig die Kundenzufriedenheit erhöhen.“

Ein weiterer Vorteil von Chatbots ist, dass sie rund um die Uhr verfügbar sind. Dadurch können Unternehmen auch außerhalb der normalen Geschäftszeiten mit Kunden kommunizieren und Probleme lösen. Dies kann dazu beitragen, die Kundenbindung zu erhöhen und das Vertrauen der Kunden in das Unternehmen zu stärken.“

Naja, nach Revolution klingt das noch nicht. Was also sagt die Digitalexpertin?

Catarina dos Santos-Wintz ist Mitglied im Bundestagsausschuss für Digitales, sie sagte dem Mittelstandsmagazin: „Der Einsatz neuer Technologien wie ChatGPT wird die Arbeitswelt tiefgreifend verändern. Solche AI-Tools bieten auch mittelständischen Unternehmen viele Chancen und Möglichkeiten ihre Geschäftsprozesse zu optimieren, ihre Effizienz zu steigern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Gleichzeitig müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um sicherzustellen, dass die AI-Tools ethisch und rechtlich sicher eingesetzt werden – ohne sie zu verbieten. Daher setzen wir uns in aktuellen Gesetzgebungsverfahren, in Brüssel und im Bund, speziell für die Interessen der klein- und mittelständischen Unternehmen ein. Für den Mittelstand ist es wichtig, sich frühzeitig auf diese Veränderungen vorzubereiten und die Entwicklungen aktiv selbst zu

gestalten, um ihre Unternehmen und den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig zu machen.“

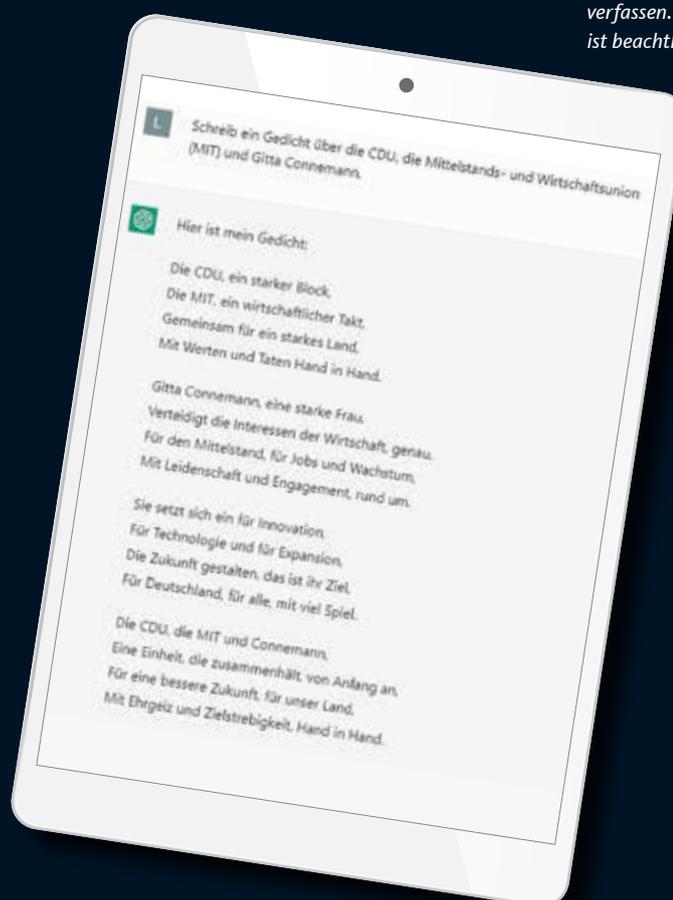
Was kann die Anwendung nicht?

ChatGPT hat „nur“ Zugriff auf das Internet. Die Anwendung kann auch Fehler machen oder falsche Informationen bereitstellen, insbesondere wenn es um aktuelle Ereignisse oder komplexe Themen geht. Es gilt die Regel, dass immer dann, wenn der Benutzer Sachverhalte selbst überprüft, ChatGPT gut eingesetzt werden kann. Es ist also noch immer ein hohes Maß an Medienkompetenz notwendig, um ChatGPTs Antworten einordnen zu können.

Und was ist mit dem Urheberrecht?

Da muss man wirklich aufpassen: ChatGPT wurde mit echten Texten trainiert, das heißt: Textbausteine könnten plagiiert sein oder zumindest teilweise kopiert werden. Bedeutet: Transparenz ist wichtig – in diesem Fall der zumindest Hinweis, dass der Text mit Hilfe einer Künstlichen Intelligenz erstellt wurde. ●

Wir haben ChatGPT gebeten, ein Gedicht über die CDU, die MIT und Gitta Connemann zu verfassen. Das Ergebnis ist beachtlich:



EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Finanzstandort

Im Rahmen des Ausbaus der Kapitalmarktunion legte die Europäische Kommission im Dezember 2022 sechs Legislativvorschläge zur Stärkung der europäischen Kapitalmärkte vor. Unter anderem umfassen diese die Harmonisierung bestimmter Insolvenzvorschriften für Nichtbanken sowie eine vereinfachte Börsenzulassung. Die Maßnahmen dürften Unternehmen, speziell KMU, bankenunabhängigere Finanzierungsmöglichkeiten eröffnen, Anreize für Anleger und Investoren schaffen und den grenzüberschreitenden Kapitalaustausch fördern. Angesichts aktueller wirtschaftspolitischer Entwicklungen, aber auch mit Blick auf tendenziell steigende regulatorische Auflagen für Unternehmen – ein Schritt in die richtige Richtung. Wettbewerbsfähigkeit muss wieder in Fokus.



Zwangssanierungen

Klimaneutralität bis 2050 – das ist das erklärte Ziel der Kommission. Seit 2021 sind auch vermehrt Bestandsgebäude im Visier des ambitionierten Vorhabens. Die EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) betrifft schätzungsweise 35 Millionen Gebäudeeinheiten, die bis 2030 renoviert werden sollen. Allein in Deutschland bedeutet das eine Verdreifachung der Sanierungsleistung. Ohne Frage stellt der Gebäudesektor eine Klimaherausforderung dar. Fraglich ist jedoch, ob die Ausgestaltung von Gebäuderenovierungsplänen in den aktuellen Krisen auf europäischer Ebene geregelt werden muss. Gebäude sind bereits in den ETS-Emissionshandel integriert. Zudem bietet die Energieeffizienz-Richtlinie verbindliche Energie-Einsparvorgaben für Mitgliedsstaaten. Während im Europäischen Parlament erst kürzlich ein verschärfter Kompromiss erzielt wurde, über den im März abgestimmt werden soll, hat der Rat seine Position hierzu im Oktober 2022 mit wirtschaftlich pragmatischen Lösungen veröffentlicht, die sich hoffentlich durchsetzen werden.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKM Europe
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Neuer Chef

Stabwechsel bei der MIT

Fabian Wendenburg wird neuer Hauptgeschäftsführer der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Der 43-jährige Ökonom und Politikwissenschaftler tritt zum 1. Mai die Nachfolge von Thorsten Alsleben (50) an, der als Geschäftsführer zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) wechselt. Der MIT-Bundesvorstand hat Fabian Wendenburg auf Vorschlag der Bundesvorsitzenden Gitta Connemann einstimmig gewählt. Wendenburg ist derzeit Geschäftsführer des Verbandes „Familienbetriebe Land und Forst“ in Berlin, für den er seit 2018 tätig ist.

Nach seinem Magister in Politikwissenschaft, Regionalwissenschaften Nordamerika und Europarecht in Bonn erwarb Wendenburg an der Johns-Hopkins-Universität in Bologna und Washington einen Master-Abschluss in internationalen Wirtschaftswissenschaften. Nach Tätigkeiten bei den Beratungshäusern McKinsey und Brunswick wurde er 2009 Referent in der Hauptstadtrepräsentanz der Linde Group in Berlin. Von dort wurde er Büroleiter der parteilosen Berliner Wirtschaftssenatorin Sybille von Oberritz, bevor er 2013 zum Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wechselte. Dort war er unter anderem stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilungen für Außenwirtschaftspolitik und zuletzt in der Abteilung Strategische Planung. Wendenburg ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann ist von der Wahl überzeugt: „Fabian Wendenburg teilt unsere Leidenschaft und Haltung für den Mittelstand. Er kennt die Themen, die unsere Betriebe umtreiben, im Detail. Sein Netzwerk reicht weit bis nach Europa. Er kann Kampagne. Und er

Thorsten Alsleben
wechselt als Geschäftsführer zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)





Abgaben

Vollständige Abschaffung des Soli gefordert

hat bewiesen, dass er einen mittelständisch geprägten Verband führen und weiterentwickeln kann.“ Die MIT sei in der Opposition besonders gefordert. Die Vereinigung sei die politische Stimme für den Mittelstand, der für die Ampel erkennbar keine Bedeutung habe. Gleichzeitig stünde die weitere Reform eigener Strukturen an, um die Kompetenzen der rund 25.000 Mitglieder noch besser zu nutzen. „Fabian Wendenburg ist aus meiner, unserer Sicht die beste Wahl, diese Herausforderungen zu meistern“, so Connemann.

Zugleich dankt Gitta Connemann dem scheidenden Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben für seine Arbeit in den vergangenen acht Jahren. „Dank Thorsten Alslebens ist die MIT zu einer der modernsten Parteiorganisationen in Deutschland entwickelt worden. Er hat mit seiner exzellenten Netzwerkarbeit dazu beigetragen, dass es einen vertrauensvollen Austausch zwischen Wirtschaft und Politik gibt. Während seiner Zeit ist die MIT zu einer der wichtigsten Ansprechpartnerinnen in der Politik für Unternehmen und Verbände geworden.“ Sein Weggang sei für die MIT ein herber Verlust, aber für die Soziale Marktwirtschaft ein Gewinn. Und davon profitiere am Ende auch wieder der Mittelstand.



Fabian Wendenburg wird neuer Hauptgeschäftsführer der Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Der Bundesfinanzhof (BFH) hält den Solidaritätszuschlag in der seit 2020 geltenden Form nicht für verfassungswidrig – das entschieden die höchsten deutschen Finanzrichter am 30. Januar. Eine entsprechende Klage wurde abgewiesen. Damit kann die Bundesregierung weiter jährliche Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe aus der Abgabe einplanen.

Die MIT sieht das anders. Gegenüber der „Mediengruppe Bayern“ (u.a. „Passauer Neue Presse“) stellte die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann klar: „Der Soli ist politisch falsch. Sein Zweck war die Finanzierung der Kosten der Deutschen Einheit. Dieser Zweck ist überholt. Diese Sonderabgabe muss endlich vollständig entfallen.“ Ob ein Gesetz verfassungswidrig ist, entscheide zudem „nicht der Bundesfinanzhof, sondern das Bundesverfassungsgericht“.

Der BFH hatte in der Tat erklärt, dass eine solche Abgabe nicht für immer erhoben werden darf. Denn: Ein dauerhafter Finanzbedarf müsse über die auf Dauer angelegten Steuern gedeckt werden, nicht über eine Ergänzungsabgabe. Anders gesagt: Je länger man den Soli beibehalten will, desto besser muss der Gesetzgeber begründen, dass man ihn noch braucht, er aber nicht zu einer dauerhaften Abgabe wird. Der Bund hatte nach Angaben des BFH zuletzt elf Milliarden Euro jährlich mit der mittlerweile nur noch von Besserverdienern und Unternehmen bezahlten Abgabe eingenommen.

Eines steht jedoch bereits jetzt fest: Auch bei einem möglichen Wegfall des Soli bliebe Deutschland ein Hochsteuerland, kritisierte Connemann. „39,5 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung schöpft der Staat in Deutschland aktuell über Steuern und Sozialbeiträge ab. Der Durchschnitt bei den Industrieländern liegt im OECD-Vergleich bei 34 Prozent“, sagte die MIT-Bundesvorsitzende.

Gitta Connemanns Fazit: „Die Betriebe müssen entlastet werden, um wettbewerbsfähig bleiben zu können. Der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht einen Befreiungsschlag bei Steuern und Abgaben.“ Darüber dürfe die Debatte um den Soli nicht hinwegtäuschen.



CCS-Technologie schneller ausbauen

Bundeswirtschaftsminister Habeck war nach Norwegen gereist, um über die Speicherung deutscher CO₂-Emissionen in norwegischen Offshore-Speichern (CCS) zu verhandeln. Die MIT-Bundvorsitzende gab sich erleichtert – gegenüber der „Mediengruppe Bayern“ erklärte Gitta Connemann: „Langsam scheinen es auch die Grünen zu begreifen. Deutschland kann seine ambitionierten Klimaziele nur ohne ideologische Scheuklappen erreichen. Mit CCS werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. CO₂-Speicherung ist ein Baustein für den Klimaschutz.“

Auch für den Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoff-Wirtschaft sei die CO₂-Abscheidung eine wichtige Option. „Der aus Erdgas unter Nutzung von CCS erzeugte ‚Blaue‘ Wasserstoff darf nicht verteufelt werden. Deutschland kann nicht auf übermorgen warten, bis ausreichend und verlässlich ‚grüner‘ Wasserstoff mit erneuerbaren Energien erzeugt wird“, betonte die CDU-Politikerin. ‚Blauer‘ Wasserstoff stehe für eine Brückenlösung und Technologiebeschleunigung, sagte Connemann. Die europäischen Nachbarn hätten das längst erkannt. „Deutschland ist davon bislang meilenweit entfernt“, kritisierte sie und forderte, „die Ampel muss einen Gang hochschalten“. Connemann warnte, dass der Standort Deutschland sonst den Anschluss verliere. „Habeck muss handeln und die Voraussetzungen für eine grenzüberschreitende CO₂-Transportinfrastruktur schaffen. Ein Masterplan Wasserstoffausbau muss her.“

Arbeitskräftemangel (I)

MIT legt Konzept zur Fachkräftezuwanderung vor

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion hat einen Gegenentwurf zur Fachkräftestrategie der Bundesregierung vorgelegt. Ein zentraler Punkt ist eine Absage des von der Koalition geplanten Punktesystems bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte, denn ein solches System würde „Ressourcen verbrauchen und neue Bürokratie schaffen“, heißt es darin. „Ein solches System kann sinnvoll sein, wenn es ein Überangebot an geeigneten Fachkräften gibt und es einer Bestenauslese bedarf. In Deutschland ist das nicht der Fall.“

Mobilität

Autobranche braucht keine Alibiveranstaltung

Autogipfel im Kanzleramt: Am so genannten Treffen der „Strategieplattform Transformation der Automobil- und Mobilitätswirtschaft“ am 10. Januar hatten neben Mitgliedern des Bundeskabinetts Vertreter der Auto- und Mobilitätsbranche sowie der Länder und Kommunen teilgenommen.

Themen der Veranstaltung waren unter anderem der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur sowie die verschärfte Euro-7-Abgasnorm. Zahlreiche Standortprobleme der deutschen Autoindustrie wurden jedoch nicht angesprochen. Fazit der MIT: Die Industrie und ihre Beschäftigten bräuchten keine „Alibiveranstaltung“, sondern „Planungssicherheit“ – das erklärte Gitta Connemann gegenüber dem Handelsblatt. Sie ergänzte: „Dazu gehört weiterhin ein Mix an Angeboten, der auch moderne und effiziente Verbrenner umfasst. E-Fuels müssen endlich als echte Alternative behandelt werden.“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion sieht bessere Möglichkeiten für eine zielgerichtete Steuerung der Arbeitskräftezuwanderung. Die Bundesvorsitzende Gitta Connemann erklärte, derzeit könnten 2 Millionen Stellen in Deutschland nicht besetzt werden. „Es muss also jede Möglichkeit genutzt werden. Dazu gehört auch die Anwerbung von qualifizierten Arbeitskräften aus Drittstaaten.“ Potenziale müssen besser genutzt werden: „Konsulate können zu öffentlichen Anwerbestellen werden, Goethe-Institute

und andere Sprachschulen, die mit Steuergeldern finanziert werden, müssen gezielt für eine Ausbildung in Deutschland werben.“

Weiter fordert die MIT, der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse im Ausland müsse stärker gefördert, die Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfacht und beschleunigt werden. „Auch ohne anerkannten Berufsabschluss sollen eine Einwanderung und Beschäftigung möglich sein, wenn der Arbeitgeber eine Bürgschaft für

den ausländischen Beschäftigten übernimmt.“ Das Auswärtige Amt müsse die Visa-Verfahren optimieren. Hochqualifizierte und dringend benötigte Kräfte dürften nicht monatelang auf einen Termin zur Visa-vergabe warten.

Arbeitskräftemangel (II)

MIT kontert Arbeitsminister

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) löst mit seinen Ansichten zum Thema Fachkräftemangel immer wieder Kopfschütteln aufseiten der Wirtschaft aus. Denn nach seiner Meinung liege es nicht an politischen Regelungen wie der „Rente ab 63“, dass Betrieben zu viele ältere Fachkräfte abhanden kommen – sondern an der Personalpolitik der Unternehmen: Vielen Arbeitgebern fehle es, laut Heil, an der Bereitschaft, ältere Arbeitnehmer zu attraktiven Konditionen zu beschäftigen.

Die Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsunion, Gitta Connemann, hielt in der F.A.Z. klar dagegen und nannte dies eine „an Dreistigkeit kaum zu überbietende Schuldzuweisung“ an die Arbeitgeber. „Diese Unterstellung von Hubertus Heil schlägt dem Fass den Boden aus“, sagte die MIT-Bundesvorsitzende. Sie stellte klar: „Nicht die Betriebe brauchen einen Mentalitätswandel, sondern der Arbeitsminister.“ Denn Heil und dessen Partei hätten in den vergangenen Jahren mit ihrer Rentenpolitik „alles daran gesetzt, Arbeit im Alter unattraktiv zu machen“.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... mittelständisches Unternehmertum eine ständige Achterbahnfahrt ist.



Roland Barth

Schausteller,
MIT Bonn

... weil ich überzeugt bin, dass Deutschland auch in Zukunft einen starken Mittelstand braucht.



Rabea Knorr

Stv. Abteilungsleiterin beim BDI,
MIT Berlin

... weil der deutsche Mittelstand gerade in dieser Zeit unseren politischen Rückhalt verdient.



Justus Schmitt

Jurist,
MIT Tornesch

Roland Barth (29) hat seinen Lebensmittelpunkt in Bonn-Beuel, ist als leidenschaftlicher Schausteller jedoch überall dort Zuhause, wo seine vielfältigen Fahrgeschäfte und anderen Attraktionen die Menschen zu Nervenkitzel, Freude und Genuss hinreißen. Die Schaustellerei liegt dem dynamischen Jungunternehmer in den Genen – bereits in der siebten Generation führt er das familiäre Business fort und verfolgt dabei ganz eigene Ziele: Barth gehört zu jenen Charakteren, die das Etablierte nicht einfach nur weiterbetreiben, sondern er setzt mit eigenen Innovationen und Ideen immer neue Akzente und Maßstäbe. Dieser Ehrgeiz hatte ihn im Alter von nur 21 Jahren zum jüngsten deutschen Achterbahnbesitzer gemacht.

Rabea Knorr (35) lebt mit ihrer Familie in Berlin. In Hameln aufgewachsen, hat sie nach dem Abitur Volkswirtschaftslehre in Maastricht und Singapur studiert und mit einem Master in Wirtschaftspolitik an der LSE in London abgeschlossen. 2012 zog sie nach Berlin und hat zunächst im Bereich Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gearbeitet. 2014 ist sie zum Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gewechselt, um sich stärker mit wirtschaftspolitischen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Nach verschiedenen anderen Stationen ist sie seit 2019 stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung Strategische Planung und Koordination des BDI.

Justus Schmitt (25) lebt in Tornesch in Schleswig-Holstein und absolvierte im Januar 2023 das erste juristische Staatsexamen mit einem Schwerpunkt im Europa- und Völkerrecht an der Universität Hamburg. Seit mehreren Jahren arbeitet er nebenberuflich für eine international tätige Wirtschaftskanzlei. Seit seinem Eintritt in die CDU und die Junge Union im Jahr 2016 engagiert er sich in verschiedenen Positionen. So führt er seit 2017 den heimatischen Kreisverband der Jungen Union Pinneberg an. Im Oktober 2022 wurde Schmitt zum stv. Landesvorsitzenden der JU Schleswig-Holstein gewählt. Privat besucht er gemeinsam mit seinem Verlobten gerne Musical- und Opernvorstellungen und ist selbst leidenschaftlicher Sänger.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.

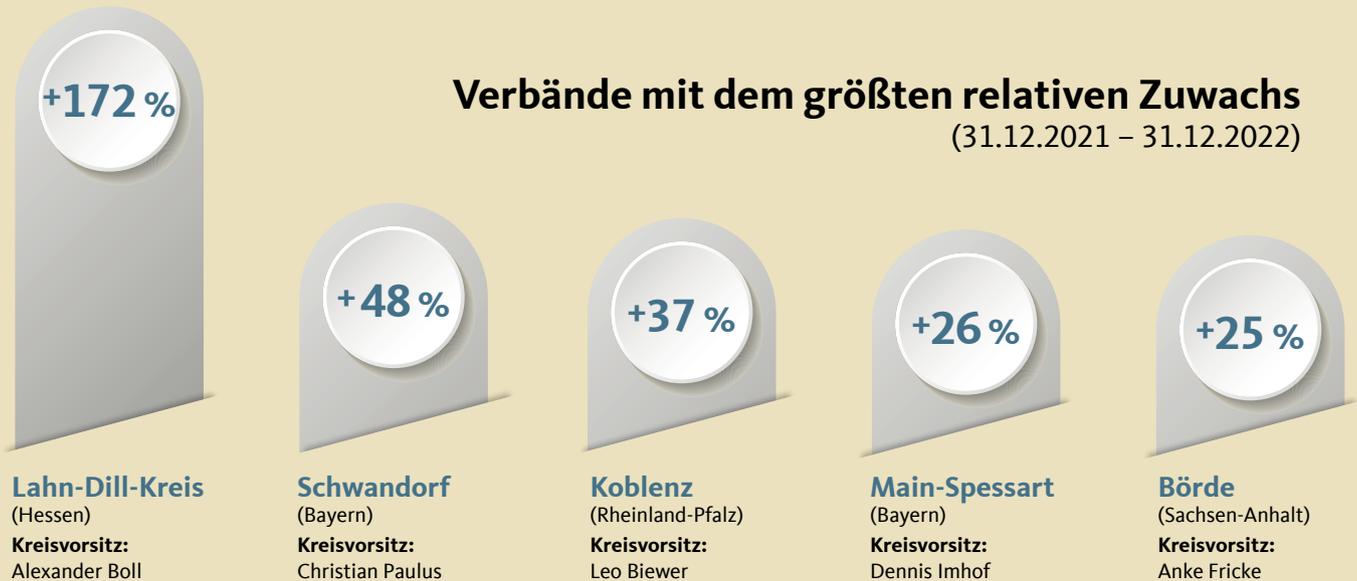


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.12.2022)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.12.2021 – 31.12.2022)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.12.2021 – 31.12.2022)



ERDBEBEN TÜRKEI UND SYRIEN

© picture alliance / AA, Ozan Efeoglu



Jetzt spenden!

Starke Erdbeben haben in der Türkei und Syrien ein unvorstellbares Ausmaß der Zerstörung hinterlassen. Tausende Menschen sind tot und Zehntausende verletzt. Aktion Deutschland Hilft leistet Nothilfe. Mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser und medizinischer Hilfe. **Helfen Sie jetzt – mit Ihrer Spende!**



Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30

Jetzt spenden: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



**Aktion
Deutschland Hilft**

Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

„Mein Traum:
Führungskräfte zu
Leitwölfen machen.“

Mit seinem Bürokratismus ist er voll in der Spur.

Erfolgreiche Teamführung lernt man am besten durch Extremerfahrungen. Dafür schickt Hendrik Stachnau Führungskräfte auf dünnes Eis - mit seinen Schlittenhunden. Für den Business-Coach ist nervige Buchhaltung dabei Schnee von gestern, das macht er digital. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält. www.lexware.de

LEXWARE

Einfach machen